

Riesener Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesener Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkontos: Dresden 1530
Cirokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 140.

Freitag, 19. Juni 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesener Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Heften. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Tagesblattes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20. Nummer, 8 von hiesiger Wochenschrift, 6 Ellen, 25 Gold-Pfennige, die 25 von hiesiger Wochenschrift 100 Gold-Pfennige; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Kautschuk, freie Tarife. Fernläufiger Rabatt tel. 10%, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Rechnung gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“ - Im Falle höherer Gewalt - druck- oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Leseranten oder der Beförderungseinrichtungen - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Jahrtausendfeier des Rheinlands.

Schon vor Wochen hat die Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Deutschen Reich begonnen; die Erinnerungsausstellung in Köln wurde eröffnet, und aller Orten fanden im ganzen Reich feierliche Veranstaltungen statt, bei denen der Treue des Rheinlandes gedacht und ihm wieder neue Treue gelobt wurde. So hat die Reichshauptstadt am letzten Sonntag eine schöne Feier dieser Art vor dem Reichstagsgebäude gehabt, mit der zugleich die Erinnerung an die Abtretung der treuen Rheinprovinz vor fünf Jahren verbunden wurde. Die offizielle, ganz große Kundgebung im Rheinland ist aber erst am Donnerstag gefolgt: Im Kaiserhof der Dählendorfer Turnhalle vereinigten sich mit dem Rheinischen Provinzialtag, dem öffentlichen Vertreter der Rheinprovinz, etwa 1000 Gäste aus dem ganzen Reich, Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten, Minister und hohe Beamte, die Präsidenten des Reichstags wie des Preussischen Landtags und auch der Kardinal-Erzbischof von Köln. Als Ehrenpräsident von besonderer Bedeutung ist noch der Präsident des Reichstages Senats Dr. Schum zu erwähnen. Reichspräsident v. Hindenburg hat nicht persönlich an der feierlichen Kundgebung teilnehmen können, aber er hat bezeichnend eine Botschaft geschickt, in der er aus tiefstem Herzen seinen Dank an die Rheinländer und seinen unerschütterlichen Glauben ausdrückt, daß die heilige Stunde der Freiheit bald für die Rheinlande schlagen werde.

Reichskanzler Dr. Luther

verlas diese Botschaft des Präsidenten und hielt dann eine Rede, die weit über den Rahmen eines Feiergesprächs hinausging und von starker politischer Bedeutung war. Denn der Kanzler betonte nur kurz den urdeutschen Charakter des Rheinlandes, das er mit Recht einen Brennpunkt deutschen Lebens nannte, um dann sofort zur großen Welt überzugehen. Das Ziel der Reichsregierung sei, dem Rheinland die Freiheit und ganz Deutschland und ganz Europa den wirklichen Frieden zu vermitteln. Schon in diesem Ausdrucks lag die Feststellung, daß bisher der Friedensvertrag noch nicht hergestellt ist. Dr. Luther hatte es leicht genug, dies zu beweisen. Er erinnerte zunächst an die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebietes und der sogenannten Sanktionsgebiete, deren Räumung bis spätestens zum 18. August die Entente in London bindend versprochen hätten. Das wurde von neuem offenmächtig bezeugt: die Reichsregierung scheint guten Grund zu haben, an diese Verpflichtung immer wieder zu erinnern.

Dann kam der Reichskanzler auf die Nichterfüllung der Räterose zu sprechen, deren Nichterfüllung er erneut betonte, und damit auf die Entwarnungsnote der Alliierten. Hat Dr. Luther auch den Vorbehalt gemacht, daß die Entwarnungsnote noch weiter geprüft werde, so hat er doch zugleich die erste offizielle Antwort darauf gegeben. Und sie war schon deutlich genug. Sie wies auf die Gefährdung der und vorgeworfenen Verfehlungen hin und bezeichnete es als völlig unbegründet, daß die Rote ein so empfindliches Volk wie das deutsche, noch gefährlich nennt. In drei Teile gliedert der Kanzler die Forderungen der Rote: einige werde man schonigst erfüllen, andere seien unbedeutend und könnten nicht anerkannt werden, aber einzelne dagegen sei mit den alliierten Regierungen zu verhandeln.

Danferwert war es, daß der oberste Beamte des Reiches bei dieser Gelegenheit auch deutlich einen Teil der Ententeforderungen als nicht militärischer Art, sondern lediglich wirtschaftsähnlich brandmarkte.

Dem Rheinlande versprach Dr. Luther, dafür kämpfen zu wollen, daß es eine wirkliche Freiheit erlange und nicht mehr als Grenzmark vom Reich abgetrennt und umschlossen werde. Dies ist das Ziel des von der Reichsregierung den Alliierten angebotenen Sicherheitspaktes, und so berührte denn auch der Reichskanzler bereits die französische Antwort auf dieses Angebot. Er nahm Bezug auf das Schlusswort der Note und betonte, daß die deutsche Regierung ebenso wie die französische es begehren würde, wenn Verhandlungen in Gang kämen, durch die eine wirkliche Friedensgewehr auf dem Vertragswege geschaffen werden könnte. Aber den vielen Vorbedingungen dafür, die bisher von französischer Seite inoffiziell genannt worden sind, Reize nun der deutsche Reichskanzler ganz offiziell eine Bedingung von höchster Tragweite gegenüber. Rein vollendetes, die gesamte Kulturwelt umfassendes Friedenssystem werde möglich sein, solange das Problem der Rüstung nicht allgemein und gleichmäßig für alle Staaten gelöst sei. Das europäische Gleichgewicht der Kräfte habe man in Bestreben gesucht, aber daß dort in Aussicht gestellte neue System einer allgemeinen Abrüstung sei bisher in keiner Weise durchgeführt worden. Diese ernste Mahnung war sehr zeitgemäß, sehr nötig in dem Augenblick, wo die waffenstarken Gegner die Entwaffnung Deutschlands bis zum letzten Häuflein durchzuführen und die Franzosen den Sicherheitspakt nur dazu benutzen wollen, ihr militärisches Nachsehen noch weiter auszubauen und die Fesselung Deutschlands zu vollenden.

Man kann aus den Worten Dr. Luthers entnehmen, daß er und sein Kabinett solchen Versuchen unbedingten Widerstand entgegenzusetzen werden. Der Ruf nach allgemeiner Abrüstung wird besonders in Amerika bei der öffentlichen Meinung lebhaften Widerstand finden. Man wird dort unter diesem Gesichtspunkt die kommenden schweren Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über die Garantie des Friedens verfolgen und man wird wissen, daß man die Schuld liegt, wenn diese Bemühungen nicht zu einem gescheiterten Ende kommen sollten.

Die Jahrtausendfeier der Rheinländer in Leipzig.

Leipzig. Die Jahrtausendfeier der Rheinländer gab dem Verein der Rheinländer in Leipzig Anlaß zu einer feierlichen Veranstaltung, die unter Beteiligung zahlreicher landmannschaftlicher und landwirtschaftlicher Vereinigungen sowie studentischer Verbindungen in Anwesenheit von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, der Universität, der sächsischen Akademie der Wissenschaften und der politischen Parteien am Mittwoch im Zoologischen Garten stattfand. Auch das Schweizerische Konsulat und die Schweizer-Gesellschaft waren vertreten. Nach den Begrüßungsworten des ersten Vorsitzenden des Rheinländer-Vereins übertrug Reichshauptmann Dr. Marcus im Auftrag des Gesamtministeriums die Grüße und Wünsche der sächsischen Staatsregierung. Er betonte den Willen, auch die schwersten Opfer auf uns zu nehmen, um die Rheinlande vom Joch der Fremdherrschaft zu befreien. Die Grüße der Stadt Leipzig entbot Stadtrat Kommerzienrat Hugo Seifert, der auf die vielfachen Beziehungen der rheinischen Industrie zu der Messestadt Leipzig hinwies. Für die Universität und die deutsche Studentenschaft sprach Prof. Dr. Litt, für die deutsch-nationale Landtagsfraktion Abg. Bern. Die volkspolitische Landtagsfraktion war vertreten durch einen Vertreter zu entsenden, und dankte herzlich ihre Glückwünsche. Die Empfindungen und Wünsche des Grenz- und Auslandsdeutschtums brachte der Vertreter des Instituts für Auslandsstudien Dr. Lutz zum Ausdruck, der betonte, daß für die Auslandsdeutschen der Rhein das Symbol des Deutschtums überhaupt sei.

Die Festreden hielten anstelle des verhinderten rheinischen Abgeordneten Pfarrer Adolf Pfarrer Mühlhausen-Leipzig und der Reichstagsabgeordnete Otto Thiel-Burscheid-Solingen. Pfarrer Mühlhausen kennzeichnete das tausendjährige Streben Frankreichs nach dem Rhein, um zu herrschen, während Deutschland den Rhein brauche, um zu leben. Der Rhein ist deutsch und deutsch-bräutig. Die Rheinländer kämpfen nicht um verlorenem Posten, sondern kämpfen und dulden für das ganze deutsche Volk, und in diesem Kampfe stehen ihnen das ganze deutsche Volk zumutig zur Seite. Solange die Selbstbestimmung nach dem Rhein gehe, gebe es auch eine deutsche Zukunft. Reichstagsabgeordneter Thiel schilderte die wirtschaftliche Bedeutung der Rheinlande, der „Herzammer der deutschen Wirtschaft“, und wies die Pflichten der Männer der Wirtschaft gegenüber Volk und Vaterland. Das Ziel müsse sein, dem Grundbesitz der Selbstbestimmung der Völker auch gegenüber dem Deutschtum Geltung zu verschaffen und auf diese Weise die „deutsche Frage“ zu lösen.

Die Feier wurde durch ein Konzert der Kapelle des 2. Bataillons des Inf.-Regts. 11 unter Leitung des Musikdirektors Gülich und Gesänge des Leipziger Männerchors unter seinem Dirigenten Prof. Guido Bollmann sowie Gruppenführungen der Leipziger Vereine des Deutschen Turnerbundes würdig eingeleitet.

Sehr ernste Finanzlage des Reiches.

Abg. Berlin. Im Anwertungsamt des Reichstags teilte am Donnerstag der Vorlesende mit, daß bisher allein zum Anwertungsamt 2744 Positionen eingegangen seien.

Reichsfinanzminister von Schlieffen gab eine Uebersicht über den Reichshaushalt nach dem Stande vom 17. Juni. Danach ergibt sich unter Einrechnung der vom Reichstag bereits beschlossenen oder noch in Aussicht stehenden Mehrausgaben ein vorläufiger Fehlbetrag von 446 Millionen. Die Einnahmen des Reiches sei also eine sehr ernste und man müsse sich darüber klar sein, daß zur Deckung des Fehlbetrages ganz außerordentliche Maßnahmen erforderlich seien und unter keinen Umständen auf die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer verzichtet werden könne.

Hierauf wurde mit der allgemeinen Aussprache über den Gesetzesentwurf zur Abänderung öffentlicher Anleihen begonnen. Abg. Dr. Gildemeister (D.V.P.) betonte, wir hätten eine zu teure Staatswirtschaft auf einer zu schwachen Volkswirtschaft aufgebaut. Durch die Streckung der Anleihe-schuld würde nichts Wesentliches geändert werden, wohl aber würde die Kreditwürdigkeit des Reiches geschwächt. Abg. Dr. Behl (Politian der D.V.P.) erklärte die Ablösung der Anleihen für eine glatte Vernichtung von Treu und Glauben und verlangte, daß die Anleiher aus den öffentlichen Anleihen mindestens solange erhalten bleiben, bis das Reich, die Länder und Kommunen wieder zahlungsfähig würden. Die Mittel zur einseitigen Verzinsung könnten aus einer Inkassationssteuer beschafft werden. Abg. Freidrich v. Nitzsch (D.V.P.) führte aus, eine Ablösung der öffentlichen Anleihen drobe die Kreditwürdigkeit Deutschlands namentlich im Ausland auf lange Zeit zu erschüttern. Es sei erzwungenermaßen, ob man nicht lieber den Weg eines längeren Moratoriums wählen solle. Goll. könne man den Staatsgläubigern wahrweise eine Ablösungsanleihe zur Verfügung stellen. Ministerialdirektor von Brandt legte die Notwendigkeit dar, im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft jetzt eine abschließende Entscheidung zu treffen. Abg. Bodemann (Zent.) wies darauf hin, daß das ethische und moralische Recht der Gläubiger auf Anfertigung, mit Ausnahme für den Reuebesitz, ohne weiteres anerkannt werden müsse. Ob aber ein formelles Recht der Gläubiger bestehe, sei außerordentlich zweifelhaft. Abg. Dr. Schetter (B.) führte aus, die Staatswirtschaft

könne nicht gefunden, wenn das Reich nach dem Verlust des Krieges eine Anleihe-schuld von 70 Milliarden mit sich schlepe. Durch Festsetzung eines Generalanwertungs-gesetzes müsse die Staatswirtschaft wissen, was sie zu zahlen habe. Vielleicht könne man aus einer Inkassationssteuer Mittel für die Aufwertung gewinnen. Abg. Reil (Soz.) trat für Einführung einer Vermögensumschmelzung und Vermögenserhaltungssteuer ein. Mit dem Kompromiß sei seine Partei nicht einverstanden. Abg. Jörissen (Wirtsch.) trat für eine endgültige Regelung im Vertrag mit den Vorkriegs-Ländern ein. Die Inkassationssteuer müsse zur Stärkung der Ausleihungsmasse herangezogen werden. Abg. Dr. Korch (Komm.) verlangte, daß etwaige Aufwertungen nur der wirklich armen Bevölkerung zugute kommen dürften.

Nachdem der Ausschuss beschlossen hatte, dem Reichspräsidenten Dr. Schacht zur Frage der Anleihe-ablösung zu hören, vertagte er sich auf Freitag.

Amundsens Rückkehr.

Den Nordpol nicht erreicht.

Reynolds L. Reuter teilt nach London eine Meldung der Associated Press, der zufolge Amundsen in Spitzbergen eingetroffen ist.

Reynolds L. (Zuspruch.) Prentice, ein Schwager des Teilnehmers an der Amundsen-Expedition Ellsworth hat Nachricht erhalten, daß sämtliche Mitglieder der Expedition unverletzt in Spitzbergen angekommen sind.

Kopenhagen. Nach hier vorliegenden Meldungen soll Amundsen nach seinem Eintreffen in Spitzbergen in einem Telegramm erklärt haben, daß er zwar wohlbehalten mit seinen 8 Begleitern mit den zwei Flugzeugen zurückgekehrt sei, den Nordpol aber nicht erreicht habe.

Reynolds L. Nach einem Rundbrief sind Amundsen's Flugzeuge durch Nebel zu weit nördwärts geschlagen und wurden nach einer Ausänderung ostwärts eine Kollisions-gefahr zu vermeiden. Die beiden Flugzeuge waren darauf zwischen Eismassen eingeklemmt. Amundsen ist vermutlich wegen dieser Schwierigkeiten zum Rückzuge gezwungen worden.

Kopenhagen. Die letzten Meldungen lauten, daß Amundsen um 88. Grad nördlich von Nordspitzbergen hat landen müssen. Er hat dann zu Schritten die Eisbarriere erreicht, wo man ihm zu Hilfe gekommen ist.

Dänke. (Zuspruch.) Die Regierung und der Luftfahrt haben an Amundsen anlässlich seiner Rückkehr Glückwünschtelegramme geschickt. Die Meldung, daß Amundsen zurückgekehrt sei, wurde schnell in der ganzen Stadt bekannt und erregt überall den größten Jubel. Die Mitteilung wurde durch die Radiostationen verbreitet. Von den Redaktionen der Zeitungen sammelten sich große Menschenmassen an. An Siberts Tidende wird aus Newmark berichtet, hier herrscht über die Rückkehr Amundsens große Begeisterung.

Die Behandlung der Sicherheitsnote.

Abg. Berlin. Die Reichsregierung hat über die Antwortnote der französischen Regierung in der Angelegenheit der Sicherheitsnote bisher nur zwei vorläufige Ministerbesprechungen abgehalten und noch keine Stellung dazu genommen. Diese wird vielmehr, wie wir von unterrichteter Seite hören, erst erfolgen können, wenn auch die Dokumenten-sammlung herausgegeben ist, deren Veröffentlichung die französische und englische Regierung in Aussicht gestellt haben und die auch den Entwurf einer Antwortnote auf das deutsche Memorandum enthalten soll, den der vorige französische Ministerpräsident Herriot aufgestellt hat. Es ist verständlich, daß die deutsche Regierung auch die Dokumente vor ihrer Stellungnahme kennen zu lernen wünscht, die für den vorigen Sonnabend in Aussicht genommene Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder über die Entwaffnungsnote wurde hinausgeschoben, weil auch die Sicherheitsnote abgemartet werden sollte. Aus demselben Grunde hat auch der auswärtige Ausschuss des Reichstags neulich die Besprechung der politischen Lage noch vertagt. Es ist möglich, wenn auch noch nicht bestimmt, daß er im Laufe der nächsten Woche wieder zusammentreten wird.

Vom Vertretertag der Gendarmeriebeamten.

Abg. Auf dem Vertretertag der Gendarmerie- und Landjägerbeamten Deutschlands in Karlsruhe wurde eine Entschließung angenommen, worin die Erwartung zum Ausdruck gebracht wird, daß das den Gendarmerie- und Landjägerbeamten bei der Neuordnung der Befoldungsordnungen im Jahre 1920 und durch das in den folgenden Jahren eingetretene Zurückbleiben hinter früher gleichwertigen Reichsbeamten zugeführte Unrecht beseitigt und die von hohen und höchsten Regierungskreisen in den Parlamenten des Reiches und fast aller Länder als berechtigt und notwendig wiederholt anerkannte bessere Bewertung des Gendarmeriebeamten und damit bessere Befoldung der betr. Beamten nunmehr baldigst Tatfache werden wird, daß das Sperrgesetz nicht mehr in unverständlicher und ungerechter Weise gegen die Gendarmerie- und Landjägerbeamten angewendet und das Sperrgesetz selbst bald aufgehoben und selbstevrig nochmals verlängert werden wird.

der Stollberger Straße die Werke eines neuen Ballons vornehmen. Der Ballon soll mit Genehmigung des Reichspräsidenten den Namen Hindenburg erhalten. **Robevisch.** Der 77 Jahre alte Gutbesitzer Gottlieb Schmalz fuhr mit einem beladenen Gewagen und schlug so unglücklich mit dem Kopf auf, daß er einen Schädelbruch erlitt und sofort starb.

Plauen. Zum bevorstehenden Reichstagswahl wurde Regierungsbaumeister a. D. Dr. Ing. Georg Kunze aus Bad Reichenhain mit 27 Stimmen gewählt. — Für die große städtische Sportplatzanlage wurde von der Stadtverordnetenversammlung der Erwerb eines Grundstückes von fünf Hektar 82 Ar genehmigt und als Kaufpreis der Betrag von 145 000 Mark bewilligt.

Mühlberg (We). Die alte Kloster- und Amtsstadt verbindet in diesem Jahre das Kinderfest mit einem Heimatsfest. Aus diesem Anlaß finden in der Zeit vom 11.—14. Juli Veranstaltungen statt, die zu großen Erwartungen berechtigen. Der Ort, der als Kleinod in städtebaulicher Hinsicht eine Perle der Stadtbaulust ist, wird an den Festtagen ein prächtiges Gewand tragen, und ist man schon seit Monaten beschäftigt, öffentliche und private Gebäude mit neuem Putz oder buntem Farbenanstrich zu versehen. Einen besonderen Anziehungspunkt wird der Festzug am Sonntag, den 12. Juli bilden, der in kulturhistorischer und künstlerischer Beziehung allen Bewunderung abgewinnen muß. Die einzelnen Gruppen und Wägen aus Mühlbergs Vergangenheit und Gegenwart werden eine Abwechslung und einen Farbenreichtum entfalten, auf denen das Auge des Zuschauers mit Wohlgefallen ruhen muß. In der Geschichte ist Mühlberg hauptsächlich durch die Schlacht bei Schmalbach im Jahre 1547 bekannt, in welcher Kaiser Karl V. den Kurfürsten Johann Friedrich von Sachsen schlug und gefangen nahm. In dieser Schlacht nahmen die prominentesten Persönlichkeiten damaliger Zeit teil, die im Festzuge vertreten sein werden. Das Kinderfest wird Montag, den 13. Juli gefeiert. Auf der mit schattigen Laubwegen bestandenen großen Festwiese wird es an Unterhaltung und Zerstreuung nicht mangeln. Ein von Künstlerhand entworfenes Plakat macht in unserer Heimat überall auf die Festtage aufmerksam, desgleichen wird eine interessante Festschrift erscheinen.

Die Monatsgelder der alten Veteranen.

Berlin. (Funkpruch.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages erließ heute in kurzer Sitzung sämtliche kleineren Kapitel des Etats des Reichsfinanzministeriums. **Hg. Hofmann** (Soz.) begründete seinen Antrag, die Monatsgelder für kriegsbeschädigte Veteranen von 1884 bis 1871, die gegenwärtig 12,50 Mark betragen, durch den Ergänzungsetat auf 30 Mark zu erhöhen. **Hg. Harmony** (Dn.) schloß sich für einen deutschnationalen Antrag in der gleichen Angelegenheit ein, der zwar eine Erhöhung wünscht, aber den Erhöhungsbetrag der Regierung überlassen will. Von Regierungssicht wurde betont, daß es sich um über 61 000 Veteranen handle, an die das Deutsche Reich gemäß seinerzeit erlassenen Gesetzen seine Dankeschuld abzutragen habe. Das Finanzministerium bitte aber, mit Rücksicht auf die Wirkung in anderen Kategorien von Rentempfindern von der Einsetzung eines bestimmten Erhöhungsbetrages, wie ihn der sozialdemokratische Antrag vorschlägt, abzusehen, trotzdem es grundsätzlich zu einer Erhöhung bereit wäre. In der Abstimmung wurde jedoch mit 10 gegen 8 Stimmen der sozialdemokratische Antrag angenommen. Dann vertagte sich der Ausschuß auf Freitag abend.

Amundsens Bericht.

Berlin. (Funkpruch.) Nach einem der „B. Z.“ am Freitag von Nord des Geimdal ausgegangenen Funkpruch leitete die Expedition Amundsen gestern abend gegen 10 Uhr sehr erfrischt an Bord eines Robbenjägerdampfers nach Ringebay zurück, wo sie mit unangenehmer Vegetation empfangen wurde. Die täglichen Rationen wurden vom ersten Tag an auf 300 Gramm pro Kopf herabgesetzt. Amundsen sagte: Wir hielten es für richtig, den Pol nur zu überfliegen, wenn wir jene genauen Beobachtungen machen konnten, die nur vom Eise aus möglich sind. Da andere Beobachtungen ohne Bedeutung gewesen wären, war es nicht der Mühe wert, das große Wagnis zu unternehmen. Wir kamen überein, unseren Weg zunächst weiter nördlich zu nehmen und den Rückweg weiter östlich, um bisher unentdeckte Gebiete zu überkreuzen. Am 14. Juni wurde das Eis durch große Spalten gestrichelt, die ein Drittel unserer ganzen Arbeit auf dem Eise wegzuschwimmen drohten. Am 15. Juni wurden Startversuche mit hart vertagter Bedingung gemacht. Fast das ganze Gepäck wurde entfernt und nur einige Vorräte behalten. Nach einem anstrengenden Märsch teilte Amundsen durch Kabel mit, daß er im Nordosten des Nordpols sei. Wir warteten günstige Winde zur Fortsetzung des Fluges ab. Es verblieben 120 Liter Benzin, um einen Ort innerhalb des Polarkreisgebietes der Höhe zu erreichen. Im ganzen hat die Expedition 100 000 Quadratmeter bisher unerschlossenes Gebietes durchsucht. Unmittelbar nach unserer Landung passierte der norwegische Robbenjäger Sjoenvis mit Kurs nach Osten. Wir stiegen zu ihm und nahmen das Flugzeug an Bord, das die Sjoenvis ein Stück im Schlepptau mitgenommen hatte. Infolge des heftigen Sturmes mußten wir die Nacht auf dem Bestufer der Sjoenvis zubringen. Da sich das Wetter am 16. Juni nicht besserte, wurde das Flugzeug auf dem Lande dieser Nacht festgemacht und die Mitglieder der Expedition fuhren auf der Sjoenvis nach Ringebay, um Betriebsstoff zu holen und später das Flugzeug mitzunehmen. Bei den Vorbereitungen zum ersten Wiederanflug auf dem Polarkreis führten zwei Polarflieger in das Eiswasser. Ein dritter rettete sich. Amundsen und Larsen hörten auf der anderen Seite der Eisholke zwar Hilferufe, konnten aber wegen des Treibeises mit dem Halbboot nicht zu Hilfe kommen.

Der Reichstag zu Amundsens Rückkehr.

Berlin. (Funkpruch.) Unter lebhaftem Beifall des Hauses teilte Präsident Lohse mit, daß er im Namen des Reichstages und des deutschen Volkes dem kühnen Nordpolarfahrer und Naturforscher Amundsen herzlichste Glückwünsche zu seiner gelungenen Rückkehr telegraphisch ausgesprochen habe.

Die Sozialisten und das Kabinett Painlevé.

Paris. (Funkpruch.) Gestern abend haben sich die Vorstände der dem Kartell der Linken angehörenden Fraktionen zu einer Sitzung versammelt, in der die Sozialisten erklärten, daß sie bei dem gegenwärtigen Stand der Politik einstimmtig entschlossen seien, die Unterstützungspolitik zu beenden und sich ihre Handlungsfreiheit vorzubehalten. Es handelte sich für sie nicht darum, das Kartell der Linken zu brechen, denn sie seien bereit, mit einem Ministerium zu arbeiten, das streng die Politik des Kartells Painlevé aus zwei Gründen nicht mehr mitmachen, nämlich wegen der Finanzpolitik und wegen der Marokkopolitik. Die Vertreter der anderen Gruppen des Kartells erwiderten, daß die Sozialisten eine in der schweren Verantwortung auf sich nehmen. Freund ein Befehl ist nicht gefaßt worden. Eine endgültige Entscheidung ist erst in zwei Tagen zu erwarten.

Die Funkpruch-Verbindungen und Telegramme

vom 10. Juni 1925.

Wald-Beobachtungen.

Berlin. (Funkpruch.) Die Offiziere und Mannschaften des leinweil unter Kommandant von Band an der Erkämpfung der Lakufortis beteiligt gewesen Kanonenbootes „Jitta“ vereinigten sich am Dienstag zu einer Gedächtnisfeier im Berliner Künstlerhaus. Am Mittwoch fand ein gemeinsames Essen statt, bei dem Admiral von Band seine ehemaligen Mitkämpfer herzlich begrüßte. Für den Abend hatten die Staatsbühnen Karten zur Verfügung gestellt. Am Donnerstag legten die Jitta-Kämpfer in Potsdam am Grabe der Kaiserin einen Kranz nieder.

Strohdenkmäler in Frankfurt am Main.

Berlin. (Funkpruch.) Nach einer Witterung haben die Strohdenkmäler von Frankfurt am Main und den benachbarten Städten beschaffen, heute abend die Arbeit niedergulegen, um ihre Forderungen nach Monatslöhnen durchzusetzen.

Entwaffnung und Verhaftung von Kommunisten.

Berlin. (Funkpruch.) Gestern abend fand in der Aula des dortheimerstädtischen Gymnasiums eine Versammlung der kommunistischen Studentenvereinigungen statt, an der rund 350 Personen teilnahmen. Vor Beginn der Versammlung nahm die Polizei 22 Angehörigen des Roten Frontkämpferbundes ihre mit Eisen beschlagenen Stöcke ab. Diese wurden nach der Versammlung wieder ausgeliefert. 24 Ausländer, die trotz des Verbotes an der Versammlung teilgenommen hatten, wurden von der Polizei festgenommen. Ein Teil der Sitierten wurde gestern abend wieder freigelassen.

Vertagung der Danzig-polnischen Handelsverhandlungen.

Danzig. (Funkpruch.) Die Pressestelle des Senats teilt mit, die Danzig-polnischen Verhandlungen über den Neopol-Röntgenvertrag sind gestern nach dreitägiger Dauer erneut vertagt worden. Sie haben sich in der Hauptsache auf die Spirituskontingente erstreckt. Das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen ist von Danziger wie auch von polnischer Seite in einem Abkommen neu festgelegt worden.

Hervorragende Flugleistung.

Frankfurt a. M. (Funkpruch.) Das von Frankfurt nach Zürich verkehrende Postflugzeug der Aero-Flug-Gesellschaft hat heute vormittag diese Strecke in 2 Stunden zurückgelegt. Ein Eisenbahnzug braucht bei besten Verbindungsbedingungen 3 Stunden.

Schaffung eines internationalen Verbandes der Offiziere der Handelsmarine.

Paris. (Funkpruch.) Die gestern in Paris abgehaltene Konferenz der Offiziere der Handelsmarine, bei der Delegierte aus acht verschiedenen Ländern, die 24 000 Mitglieder vertreten, anwesend waren, hat die Schaffung eines internationalen Verbandes der Offiziere der Handelsmarine einstimmig angenommen. Dem Komitee gehören aus zwei Deutsche an.

Die spanisch-französische Marokkofront.

Madrid. (Funkpruch.) Die spanisch-französische Sachverständigen-Konferenz für Marokkofragen hat gestern vormittag getagt. Die Beratungen waren geheim und der Presse wurde keine Mitteilung gemacht.

Bericht über Verhandlungen gegen die deutschen Studenten.

Wien. (Funkpruch.) Wie amtlich verlautet, ist die Gerichtsverhandlung gegen die deutschen Studenten Rindermann, Dittmar und Boffa auf den 24. Juni festgesetzt. Die Anklage, die auf Vorbereitung von Terrorakten gegen Stalin und Trotzki lautet, vertritt Reichsanwalt Ryplenko.

175 Personen wegen Plünderung verhaftet.

Sofia. (Funkpruch.) Im Zusammenhang mit jüngeren Ausschreitungen im hiesigen Bergwerk- und Industriegebiet wurden 175 Personen wegen Plünderung verhaftet und unter Anklage gestellt.

Verteilung englisch-indischer Flugblätter in Peking.

Peking. (Funkpruch.) Gestern vormittag sind in ganz Peking Flugblätter an die Rouern angeheftet worden, auf denen englische Polizisten dargestellt sind, die am Boden liegende Männer, Frauen und Kinder mißhandeln.

Das tägliche Bad des Säuglings.

Von Dr. Lucie Michaelis, Kinderärztin.

In den Gelängen des alten griechischen Dichters Homer vom „Untergang Trojas“ und von den „Irrfahrten des Odysseus“ hat man dem Volkstümlichkeit heischenden Wanderer gesagt „das Bad“ an, das zu der täglichen Körperpflege des Säuglings gehört; in den nördlichen Gegenden ist das tägliche Bad leider ein Vorrecht der wohlhabendsten Familien der Gegend; die Mehrzahl ist froh, wenn sie überhaupt einmal in einer öffentlichen Badeanstalt ein Bad nehmen kann. Doch häufiger haben die Mütter schon während der wärmeren Jahreszeit in den nahe gelegenen Seen.

Rux für eine Gruppe ist während des ganzen Jahres besser gesorgt oder sollte es wenigstens sein — das sind die Säuglinge und kleinen Kinder, denen sorgliche Mütter sich ein Bad zuteil werden lassen sollten.

Obst wird von einer besorgten Mutter der Arzt um Auskunft angegangen, wie sie sich bei ihrem Kinde, dem sie doch die beste Pflege angedeihen lassen möchte, in der Frage des Badens während des ersten Lebensjahres verhalten soll. Es bestehen in manchen Kreisläufen sehr übertriebene Ansichten über den Einfluß des Bades auf den jungen Organismus; Ansichten, die einerseits die Vorteile aufzählen hervorheben, und wiederum solche, die die nachteilige Wirkung zu beweisen suchen. Die Sache liegt nun so: Ausgenommen Haut- und gewisse chirurgische Erkrankungen ist kein nachteiliger Einfluß des vorchriftsmäßig verabreichten Bades auf den gesunden kindlichen Körper zu befürchten. Im Gegenteil — das Bad ist ein unbedingt notwendiger Bestandteil der Säuglingspflege; denn es dient vor allem der Reinhaltung des kindlichen Körpers, die eine grundlegende Bedingung für die gedeihliche Entwicklung des Säuglings bildet. Denn nur mittels peinlicher Sauberkeit gelingt es, den grob schmierigen Schmutz und alle natürlichen Verunreinigungen des Kindes ausgiebig zu beseitigen und — ebenso wichtig! — bis zu einem gewissen Grade den kindlichen Körper vor dem Eindringen von Krankheitserregern durch kleine, kaum sichtbare Hautwunden hindurch zu schützen. Raum ist das Neugeborene abgenabelt, so wird es schon gebadet, um die an ihm haftenden Spuren der Geburt zu entfernen. Das dazu verwendete Wasser soll eine Temperatur von 35—37 Grad Celsius haben, die mit dem Bade-thermometer zu prüfen ist. Dieser Wärmegrad entspricht annähernd der Temperatur, in der sich das Neugeborene bis dahin im Mutterleibe befunden hat. Sie gibt die Gewähr, daß der Wärmeverlust, den das Kind durch den Uebertaus aus dem 37 Grad Celsius warmen Körper der Mutter in die ca. 16 Grad Celsius warme Zimmerluft erleidet, sich nicht noch mehr vergrößert und Anlaß zu Schädigungen bietet.

Für den normalen Säugling soll die Temperatur des Badewassers im allgemeinen nicht mehr als 35 Grad Celsius betragen, da die Haut des Neugeborenen einem Oibants-

lung sehr empfindlich ist und sofort bei Berührung mit heißem Wasser Verbrennungseigenen in Form der Rötung und Blasenbildung aufweist. Dagegen ist es angelegelt, beim frühgeborenen, d. h. noch unreifen Kinde eine Badetemperatur von 37—38 Grad Celsius zu wählen. Die Dauer des ersten Bades soll 3 Minuten betragen, danach trocken man das Kind vorsichtig mit einem angewärmten Tuche ab und pudere die Hautstellen, die härterer Schweißabsonderung oder der Beschmutzung durch Rot und Urin ausgelegt sind, mit einem leicht antiseptisch wirkenden Puder, wie Bisenolfinen- oder Penicillinpuder u. dgl. ein — also hauptsächlich sind Achselhöhlen, Kniekehlen, Schenkel-, Leisten- und Kniekehlen räumlich zu pudern. Zur vollständigen Entfernung des haftenden Schmutzes und der körperlichen Verunreinigung empfiehlt es sich, das Kind abzuwaschen. Man verwendet dazu am besten ein schäumendes, milde und reizloses Seifen, die unter dem Namen „Kinderseife“ (a. B. Kaiserlicher Seife) überall käuflich sind. Zum Abreiben nimmt man am zweckmäßigsten Bälle, die jedesmal erneuert werden kann. Das Kind wird, solange es noch nicht allein und frei stehen kann, im Badewasser auf den Armen der Mutter oder Pflegerin so gelagert, daß das Wasser seinen Körper bis zu den Schultern vollständig bedeckt; das Köpfchen und vor allen Dingen der Mund darf unter keinen Umständen untertauchen, damit kein Wasser geschluckt werden kann.

An das Bad schließt sich eine Säuberung von Nase und Ohren mit Hilfe gedehnter Wattebäuschchen und eine Reinigung der Augen mit laubarem abgekochten Wasser, das man aus einem nur zu diesem Zwecke dienenden Schälchen entnehmen soll, an. — In dieser Weise soll nun der Säugling täglich gebadet werden. Etwa 2 Stunden nach der ersten Nahrungsaufnahme ist die beste Badeseit; die Dauer des Bades soll durchschnittlich 3 Minuten betragen.

Zufolge beim Baden von Säuglingen kommen nur bei gewissen Veränderungen und Erkrankungen der Haut in Frage und sollen nur auf ärztliche Anordnung Verwendung finden.

Das warme Reinigungsbad erfüllt beim gesunden Säugling eine wichtige hygienische Forderung, es trägt zum Wohlfinden unserer Kleinen bei und übt durch die ständige Einwirkung des Wassers auf die Haut einen wohltätigen Einfluß auf die Nerven, die Durchblutung und das Gewebe des kindlichen Körpers aus.

Also Mütter, die Ihre Eure Kinder pflegen wollen, badet sie täglich in der angegebenen Weise — vor allem aber in der wärmeren Jahreszeit, die infolge der erhöhten Schweißabsonderung und Hefungs Vorgänge noch höhere Anforderungen an die peinliche Sauberkeit stellt als sonst.

Bermischtes.

Sechs Schüler durch Blitsschlag gelähmt. Aus Rom wird gemeldet: Nach einer Blittermelung wurde eine Schule bei einem Schulausflug von einem Gewitter überrascht. Ein Teil der Schüler stellte sich zum Schutz unter einen Baum, in den der Blitz einschlug. Sechs Schüler wurden gelähmt.

Beinfallungsprozess. Vom großen Schiffsgericht in Landau wurde der Kaufmann Ernst Weil aus Ingensheim zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten 14 Tagen sowie zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Beisitzungspräsident Albert Köhler aus Eberstadt erhielt eine Gefängnisstrafe von vier Monaten 14 Tagen und ebenfalls 300 Mark Geldstrafe. Beide Verurteilten hatten fortgesetzt Wein gefälscht und wesentlich unrichtige Eintragungen in ihre Rechnungsbücher gemacht.

Zum nordamerikanischen Eisenbahnunglück. Der durch den Eisenbahnunfall bei Haderthorn verursachte Sachschaden wird auf 100 Millionen Dollar geschätzt. Die Schadenstrafansprüche werden wahrscheinlich rund 1/2 Millionen Dollar betragen. Die Untersuchung über die Ursache des Zugunglücks ergab eindeutig, daß der Lokomotivführer keine Schuld trifft, daß die Verunglückten vielmehr Opfer eines Naturereignisses geworden sind.

Heiß ist das Eigenes Blut. So sehr die Eigenen der Außenwelt gegenüber als Angehörige eines Volkes zusammenhalten, so heftig sind die Feindschaften die zwischen den einzelnen Stämmen bestehen und die nicht selten in böse Zusammenstöße, ja blutige Kämpfe ausarten. Ähnlich ist auch das Verhältnis zwischen den einzelnen Eigenen, besonders in Ungarn. Kürzlich spielten in einem ungarischen Ort bei einer Feindschaft zwei solcher Eigenen in demselben Saal. Die Stimmung war auf dem Höhepunkt angelangt, und verschiedene der Anwesenden tobten den Kapellmeister der einen Kapelle auf, doch moderne Tänze zu spielen. Der weigerte sich, worüber der Leiter der anderen Kapelle eine höhnische Bemerkung machte. Schnell stürzten die Feindschaften auf, und im Nu hatte sich zwischen den beiden Kapellen ein wilder Kampf entpinnen, bei dem ein Toter, drei Schwerverletzte und 30 Leichtverwundete auf dem Platze blieben.

Surren, Sport, Spiel, Wandern.

Rieser Sportwoche.

Der Astart: S. f. B. 1. — R. S. B. 1. 2:3 (2:3).

Unter Leitung des Schiedsrichters Stieher, S. f. B. Rieser — der neutrale Schiedsrichter war leider nicht zur Stelle — ging am Mittwoch abend obiges Treffen vor sich. Absichtlich wollen wir hier von einer starken Kritik absehen; wer dem Spiele zugehört hat, weiß, unter welchen Umständen der R. S. B. kämpfen mußte. Knapp wurde der Kampf vom Meister gewonnen, trotzdem er zwei Drittel des Spieles nur mit 10, zeitweise sogar nur mit 9 Mann spielte. — Das Verhalten einer großen Menge der Zuschauer ließ zu wünschen übrig, wird aber bei Lokaltreffen nicht anders werden.

Gestern abend wurden die Kämpfe fortgesetzt. Beide alte Herren-Mannschaften fanden sich gegenüber. Das Spiel wurde nach humorvollen Szenen von S. f. B. mit 3:0 gewonnen. Der R. S. B. hatte seine volle Mannschaft nicht zur Stelle, wogegen der S. f. B. seine Reihen verstärkt hatte. R. S. B.-Torhüter mußte alle drei Tore verhindern; seine Leistungen schlecht.

Deute abend treten die

1. Knaben und die 3. Mannschaften

an. Beide Spiele versprechen recht interessant zu werden. Die Knaben haben sich nach längerer Zeit nicht mehr gegenüber gefunden. Der Ausgang ist deshalb ungewiß, wogegen die 3. Mannschaft gegen S. f. B. 3. glatt die Oberhand behalten sollte.

Die angeklüglichen Kämpfe der

Jugend und Damen

am kommenden Sonntag fallen aus, da beide Mannschaften am Sonntag spielen. Die Kämpfe finden da für bestimmt am

Donnerstag, den 25. Juni

statt.

Am Sonntag treten dann die beiden Repräsentativ-Mannschaften Gibe-Eiker — Nordbächen (Bes. Rieser) in Rieser (S. f. B.-Stad) in die Schranken.

1. Gaufrauenturnfest des S. Niederelblandes D. T. — 27. und 28. Juni — in Riesa-Weida.

Zum Sangerfest in Dresden



Den Besuch unseres auf das Modernste eingerichteten Kaufhauses empfehlen wir in Ihrem eigenen Interesse.

Alle Abteilungen bieten eine Fülle von nur besten Qualitäts-Waren zu niedrigst gestellten Preisen.

ALSBERG

Gasthof Mautitz.
Sonntag, den 21. Juni
Preis-Skaten.
Anfang 2 Uhr. — Abends
Rirschluchenschmaus
und feiner Ball.

Gasthof Rogewitz
Sonntag, den 21. Juni
Öffentliche Ballmusik.
Hierzu ladet erachtet ein
M. Koblisch.

Gasthof Boritz.
Sonntag, den 21. Juni
1. Stiftungsfest
der Freien Turner
verbunden mit Turnen
u. Ball, Musik u. M. Sport.
Anfang 7 Uhr. Hierzu
ladet ein der Verein.

Va. Schweinstöpfe
wieder eingetroffen. Bittigt
N. Gutmann.

Heimattfest Mühlberg (Elbe) ♦ 11. bis 14. Juli 1925 ♦ Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 1 Uhr großer historischer Festzug

Reisekoffer
großes Lager, sehr preiswert
Lederwarenhaus Mittag
Wettinerstr. 20 — Fernspr. 17.

Zackgürtel, schmal und breit, 0.20 usw.
Erklingdrehendchen 0.50 usw.
Prima Rattunpöfstücher 0.90 usw.
Prima □ Wischtücher 0.35 usw.
Prima Rohwaffel 0.80 usw.
Prima 85 cm schwarz Kleiderstoffe 1.75 usw.
Prima Strickwolle, 10 Gebind 1.00 usw.
Prima Damen-Waschunterzüge 2.75 usw.
Prima Mädchen-Waschunterzüge 2.30 usw.
Prima Herren-Stubjacken 6.30 usw.
Prima wollene Herrenhosen 2.20 usw.
Sunte und weiße Servietten 0.70 usw.
Niederermlühen f. Knaben u. Herren 1.90, 2.10
u. v. a. m.

Martin Schniebs, Glaubitz.

Tapeten
vornehme Muster, großes Lager
Tapetenhaus Mittag
Wettinerstr. 20 — Fernspr. 17.

Mieterverein Riesa u. Umgeg.
Sonntag, 20. Juni, abends 8 Uhr im Hotel
Höfner (kleiner Saal) Mitliederversammlung.
Referent Herr Mach-Dresden spricht über
"Wohnungsbesitz im Sinne der Mieterschaft".
Erscheinen der Mitlieder dringend erwünscht.

Anni Zimmermann
Otto Wartenberg
Verlobte
Erlangen (Bayern) Gröba (s. St. Erlangen)
Gröba, 19. Juni 1925

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.
Gröba-Riesa, Juni 1925.

Walter Meide u. Frau
Marta geb. Mühlbach.



Hausfrauen!

Bergehen Sie nicht den

Gas-Koch-Vortrag

heute, Montag und Dienstag abend im Hotel Höfner zu besuchen.
Eintritt frei. Kostprobenverteilung. Städt. Betriebsamt Riesa.

Inlett
garantiert federleicht
zu 13 — 16 — 19 Mk.
Stangenleinen-
Bezug, gute kräftige Ware
mit 2 Kissen 14.40
Bettlucherm. Mohls.
in Nessel, Hanstaab, Linn
220 cm lg. 3.40 bis 6.40

Emil Förster
Fa. M. Garthel Nachf.

Musseline
für Blusen und Kleider
**Satin-, Möbelstreppe-
und Damaststoffe**
empfiehlt billigst
Reistergeschäft
S. Bruntzsch
Carolastraße 7, 2.

**Kinderwagen
Klappwagen**
neueste Modelle vom
Vöhringwert fault man
in Riesa nur billig und
gut bei
Arno Pötzschke
Spielwarengeschäft
— Bahnhofsstraße 20. —
Auf meine
3 Teddybären
mache besonders aufmerk-
sam. Qualitätsware zu
stauend billigen Preisen.

**Nich-Rücken
Blätter**
N. lebende Schleie
empfiehlt
Carl Signer, Gröba.

4 extra billige Verkaufstage

Sonnabend, 20.	Montag, 22.	Dienstag, 23.	Mittwoch, 24.
----------------	-------------	---------------	---------------

Jedes Angebot ein nie wiederkehrender Schlager!
Trotz der billigen Preise nur gute haltbare Qualitäten!

Einen Posten Herren- Gummis-Mäntel mit Gürtel 14.50	Einen Posten Herren- Gummis-Mäntel mit Home- spunbezug 22.50	Einen Posten Herren-Mäntel Homespun Schweden- form 27.50	Einen Posten Herren-Mäntel Schlüpfertform 25.00
Einen Posten Herren-Anzüge ohne Rücksicht auf d. früheren Preis nur 25.00	Einen Posten Herrsch.-Anzüge ohne Rücksicht auf d. früheren Preis 21.50	Einen Posten Knaben- Wash-Anzüge s. Anknöpfen 3.75 von	Einen Posten Leibch.- u. Knies- Satin-Hosen mit Gürtel 2.25 2.75

Ferner kommen zum Verkaufe ein Posten
Herren-Hosen in Hanimgarn, Homespun, Militärstoff Paar von 3.25
Buckskin, Manchester, Pilot, Hausstuch

Bitte meine Fenster zu beachten.

Kaufhaus D. Morgenstern.

Riesa, Hauptstr. 39, Telef. 313

Hervorragende **Fahrräder** Aegir, NSU
Qualitäts- Mercedes
Dürkopp
Diamant

Leichte Teilzahlungen • Ersatzteile für alle Fabrikate

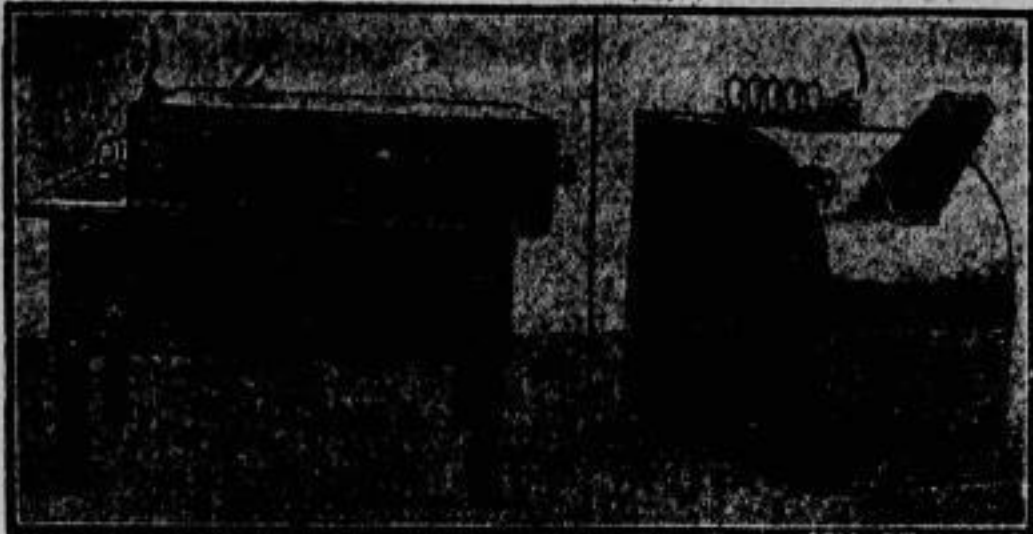
Paul Emil Müller, Merzdorf bei Riesa / E.
Telefon Riesa 606

Spielekartoffeln verkauft Marktstraße 2.
Frische Erdbeeren auch zum Einmachen, empf. Sonntagabend mittags 1 Uhr
Herm. Modler, Schulstr. 3 Rindfleisch, Wib. 50 Wg.
Freibant Beerhausen Rind- u. Schweinefleisch.

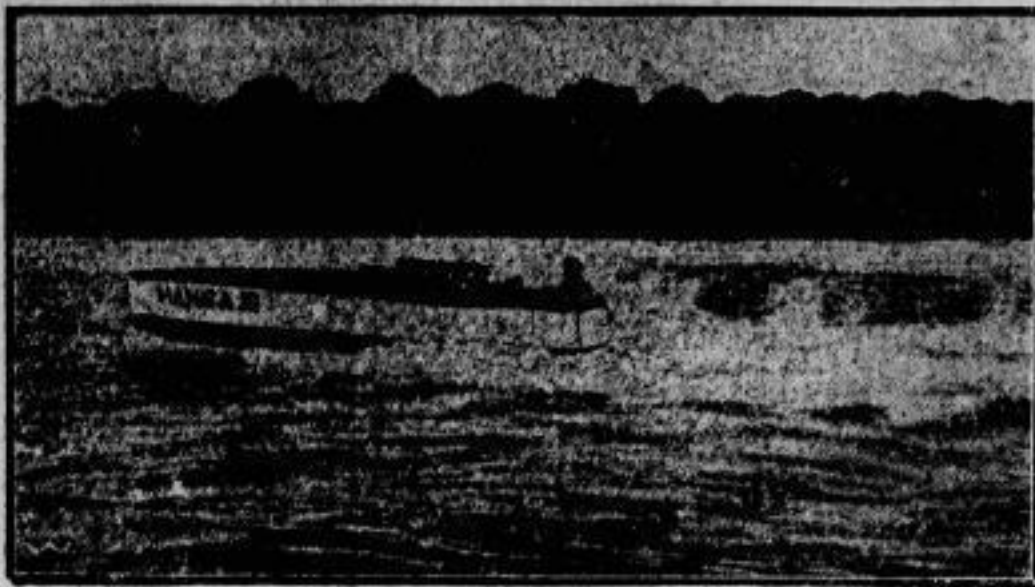
Freiwillige Sanitätskolonne
Sonntag, den 21. d. Mts.
zum 2. Stiftungsfest des
Freiwil. Rettungskorps
St. Weida und Umgebung
mittags 1 Uhr stellen
die Kameraden mittags
12 Uhr am Geräte-Depot,
Der Kolonnenführer.

Für die vielen Beweise
der Liebe und Teilnahme
beim Beimgange unseres
kleinen Lieblings
Harli
sagen wir hierdurch allen
Herzlichsten Dank.
Die trauernde Familie
Ernst Gutmann
Seitdahn.

Da es uns nicht möglich ist jedem einzelnen zu danken, so
drängt es uns, nach Rückkehr vom Grabe unseres lieben Entschlafenen
des **Waldemeisters**
August Krischker
für die reiche Fülle von Bezeugungen aufrichtiger Anteilnahme,
innigsten wärmsten Dank auszusprechen, ganz besonders dem Herrn
Kaplan für die erhabenen Worte am Grabe, sowie dem Freiw.
Rettungskorps, dem Militärverein Jäger und Schützen, der Wald-
Jungung, dem Hg. Turnverein, sowie seinem Regellub für er-
wiesene letzte Ehrung.
Dir aber, lieber Gatte und Vater, rufen wir ein „Ruhe sanft!“
und „Gabe Dank!“ in die Ewigkeit nach.
Riesa, 18. Juni 1925.
Die tieftrauernde Gattin
zugleich im Namen aller Angehörigen.



Das Problem des Fernsehens gelöst. Dem Ingenieur August Voh in Godesburg ist es gelungen, das Problem des Fernsehens, das noch weit mehr als die drahtlose Übertragung akustischer Erscheinungen von Bedeutung ist, zu lösen. Unser Bild zeigt die Fernsehapparate der Voh'schen Erfindung. Links der Sender, rechts der Empfänger mit Schöpfung nach dem übertragenen Bild.



Vom Rennen des Deutschen Kraftbootverbandes auf dem Müggelsee. Das schnellste deutsche Rennboot 'Gansa III', ein 6-Meter-Stufenrennboot mit einem Sechszylinder, das bis zu 60 Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde entwickelt, schlug bei dem getrigen hohen Wellengang während des Rennens voll und verlor nicht.

Der Wortlaut der französischen Note.

Die Antwort Briands.

(Berlin, 18. Juni. Die vorgestern überreichte französische Note an Deutschland lautet: Wie die französische Regierung die deutsche Regierung durch ihre Note vom 20. Februar wissen ließ, prüfte sie gemeinsam mit ihren Alliierten die Anregungen des Memorandums, das ihr am 9. Februar durch den Vizekonsul v. Hörsch überreicht wurde. Die französische Regierung und ihre Alliierten haben in dem Schritte der deutschen Regierung den Ausdruck von friedlichen Bestrebungen gesehen, die mit den ihrigen übereinstimmen. Im Wunsch, allen beteiligten Staaten im Rahmen des Vertrages von Versailles ergänzende Sicherheitsbürgschaften zu geben, prüften sie die deutschen Vorschläge mit aller ihnen gebührenden Aufmerksamkeit, um sich ein Urteil darüber zu bilden, inwiefern sie zur Befestigung des Friedens beitragen könnten. Indes hat sich als unzumutbar herausgestellt, vor Eintritt in die sachliche Prüfung der deutschen Note die Frage in ein volles Licht zu setzen, die diese Note aufwirft oder aufwerfen kann. Es ist wichtig, die Ansicht der deutschen Regierung über diese Fragen kennen zu lernen, da ein vorheriges Einverständnis hierüber als Grundlage für jede weitere Verhandlung erforderlich erscheint. Das Memorandum erwähnt den

Wörterbuch

nur beiläufig. Nun sind aber die alliierten Staaten als Mitglieder des Völkerbundes durch die Völkerbundstatuten gebunden, die für sie genau bestimmte Rechte und Pflichten zum Zwecke der Erhaltung des Weltfriedens enthält. Die deutschen Vorschläge sind zweifellos auf das gleiche Ideal gerichtet. Aber ein Abkommen ließe sich nicht verwirklichen, ohne daß Deutschland seinerseits Verpflichtungen übernimmt, und die Rechte genießt, die in der Völkerbundstatuten vorgesehen sind. Dieses Abkommen ist also nur denkbar, wenn Deutschland selbst dem Völkerbunde unter dem Schreiben des Völkerbundrates vom 18. März 1925 angegebene Bedingungen beiträgt.

Das Streben, Sicherheitsbürgschaften zu schaffen, welche die Welt verlangen, darf

keine Veränderung der Friedensverträge

mit sich bringen. Die zu schließenden Abkommen dürften also weder eine Revision dieser Verträge in sich schließen, noch faktisch zur Abänderung der besonderen Bestimmungen für die Anwendung gewisser Vertragsbestimmungen führen. So könnten die Alliierten unter keinen Umständen auf das Recht verzichten, sich jeder Nichterfüllung der Bestimmungen dieser Verträge zu widersetzen, auch wenn diese Bestimmungen sie nicht unmittelbar angehen.

Das Memorandum vom 9. Februar sagt zunächst den Abschluß eines Paktes zwischen den am Rhein interessierten Mächten ins Auge, der von folgenden Grundzügen ausgehen könnte:

1. Ablehnung jedes Gedankens an Krieg zwischen den vertragsschließenden Staaten.
2. Strenge Achtung des gegenwärtigen Besitzstandes im rheinischen Gebiet mit ausschließlicher Garantie der vertragsschließenden Staaten.
3. Garantie der vertragsschließenden Staaten für die Erfüllung der Verpflichtungen zur Entmilitarisierung der rheinischen Gebiete, die sich für Deutschland aus den Artikeln 42 und 43 des Vertrages von Versailles ergeben.

Die französische Regierung verkennt nicht, welchen Wert die feierliche Ablehnung jedes Gedankens an Krieg zwischen den vertragsschließenden Staaten, eine Verpflichtung, die übrigens zeitlich nicht beschränkt sein dürfte, neben der erneuten Bestätigung der in den Vertrag aufgenommenen Grundzüge für die Sache des Friedens haben würde. Zu den vertragsschließenden Staaten muß offenbar Belgien gehören, das im deutschen Memorandum nicht ausdrücklich erwähnt wird, das aber als unmittelbar interessierter Staat am Pakt teilnehmen möchte. Ebenso verzieht es sich von selbst und geht auch aus dem Schweigen des deutschen Memorandums über diesen Punkt hervor, daß der auf diesen Grundlagen zu schließende Pakt weder die Bestimmungen des Vertrages über die Besetzung der rheinischen Gebiete noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgelegten Bedingungen berühren darf.

Die deutsche Regierung erklärt sich ferner allgemein mit Frankreich und den übrigen am Rheinpakt beteiligten Staaten

Schiedsverträge

abzuschließen, welche die friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen. Frankreich ist der Ansicht, daß ein Schiedsvertrag der Art, wie Deutschland ihn vorschlägt, die natürliche Ergänzung des Rheinpastes bilden würde. Es muß dabei aber als selbstverständlich gelten, daß ein solcher Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland auf alle Konflikte Anwendung finden möchte und nur dann Raum für ein ausnahmsweises Vorgehen lassen dürfte, wenn solches Vorgehen gemäß den Bestimmungen der zwischen den Parteien bestehenden Verträge oder des Rheinpastes oder auf Grund einer Garantie erfolgen würde, die von den Parteien oder einer von ihnen für den Schiedsvertrag abgeschlossen wird. Ein Schiedsvertrag solcher Art zwischen Belgien und Deutschland wäre nicht minder erforderlich. Um diesen bei

den Verträgen volle Wirksamkeit zu geben, müßte ihre Zurechnung sichergestellt werden durch eine gemeinsame garantierte Garantie derjenigen Mächte, welche andererseits an dem im Rheinpakt aufgenommenen Gebietsgarantie teilnehmen, bezogen, daß diese Garantie unmittelbar zur Wirkung kommt, wenn eine der Parteien, die es ablehnt, einen Streitfall dem Schiedsverfahren zu unterwerfen oder dem Schiedsgericht auszuführen, zu feindseligen Handlungen schreitet. Falls einer der Vertragsschließenden, ohne zu feindseligen Handlungen zu schreiten, seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, soll der Völkerbundrat Maßnahmen vorschlagen, die zu ergreifen sind, um dem Vertrage Wirksamkeit zu verleihen.

Die deutsche Regierung fügte im Memorandum hinzu, sie sei bereit, mit allen Staaten, die hierzu geneigt seien, derartige Schiedsverträge abzuschließen. Die alliierten Regierungen nehmen mit Genugtuung von dieser Zusage Kenntnis. Sie sind sogar der Ansicht, daß ohne solche Abkommen zwischen Deutschland und denjenigen seiner Nachbarn, welche zwar nicht Parteien des geplanten Rheinpastes sind, aber den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, der europäische Friede, dessen Befestigung der Rheinpakt anstrebt, und für den er die wesentliche Grundlage bilden soll, nicht völlig gewährleistet werden könnte. Die alliierten Staaten haben nämlich aus der Völkerbundstatuten und den Friedensverträgen Rechte, auf die sie nicht verzichten, und Verpflichtungen, von denen sie sich nicht freimachen können. Diese so abstrakten Schiedsverträge würden die gleiche Tragweite haben, wie die im Abschnitt 4 vorgeschienenen. Jede Macht, die den Vertrag von Versailles und den geplanten Rheinpakt unterzeichnete, würde, wenn sie es wünscht, die Bestimmungen haben, sich zu ihren Garantien zu machen.

Nicht an den in dieser Note ins Auge gefassten Verträgen darf die Rechte und Verpflichtungen der Parteien, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus der Völkerbundstatuten erwachsen.

Die für die Erhaltung des Friedens unerlässliche allgemeine Garantie der Sicherheit wäre nur dann vollständig, wenn alle in dieser Note ins Auge gefassten Abkommen gleichzeitig in Kraft treten. Diese Abkommen müßten der Sache entsprechend dem Völkerbund eingetragen und unter dessen Aufsicht gestellt werden. Es verzieht sich endlich von selbst, daß Frankreich, wenn die Vereinigten Staaten dem so verwirklichten Abkommen beitreten zu können, glauben, die Beistellung des großen amerikanischen Volkes an diesem Werke des allgemeinen Friedens und der Sicherheit nur begreifen könnte. Das sind die Hauptpunkte, hinsichtlich deren es notwendig schien, die Ansicht der deutschen Regierung genau kennenzulernen. Die französische Regierung würde es begrüßen, hierauf eine Antwort zu erhalten, die es gestatte, in Verhandlungen einzutreten, deren Ziel der Abschluß von Abkommen ist, die eine neue wirksame Friedensgarantie bilden.



Schachmeister Richard Leichmann gekrönt.

Schachmeister Richard Leichmann hat, wie wir bereits berichteten, am 12. Juni im Birchow-Krankenhaus in Berlin. Seit mehr als 30 Jahren spielte er eine ganz hervorragende Rolle im internationalen Schachleben. An den meisten großen Turnieren der letzten Jahrzehnte hat er teilgenommen und nur selten ging er preislos aus. Den größten Erfolg seines Lebens errang er beim internationalen Schachturnier 1911, aus dem er als Sieger hervorging. Auch auf schachliterarischem Gebiet hat er sich hervorragend betätigt.

Englische Blätter zur Sicherheitsfrage.

London. (Kunstspruch.) „Times“ führt aus, wenn die über dem Rhein schwebenden Kriegsgespenster durch den festen und gemeinsamen Willen Frankreichs und Deutschlands mit britischer Hilfe gebannt würden, würde ein großer Schritt zur Kräftigung des europäischen Friedens unternommen worden sein. Großbritannien könnte die Ausdehnung der schiedsgerichtlichen Vereinbarungen auf entferntere Gebiete Europas billigen, aber keine Garantie dafür übernehmen. „Daily Graphic“ beglückwünscht Chamberlain dazu, daß er Frankreich und Deutschland an einen Punkt gebracht habe, wo eine Verständigung möglich sei. „Daily News“ sagt, aus den Dokumenten geht deutlich hervor, daß es nicht in den Interessen der Vereinigten Staaten ist, was die Erträge der französischen halbamtlichen Meldung rechtfertigt, die bei Bekanntgabe der Vereinbarungen ausgegeben wurde. Der Schluß der Note vom 8. 6. zeigt, daß Frankreich nicht das Recht vorbehalten bleibt, die Rheinlandzone zur Unterstützung Polens und der Tschechoslowakei zu überschreiten, außer wenn vorher ein Schiedsverfahren ergebnislos geblieben ist. Eine endgültige Ansicht darüber, ob die französische Note „alles“ einschließt, wäre verfrüht. Bedauerlich ist, daß die britischen Staatsmänner bei den Verhandlungen gar keinen Bezug auf die Verminderung der Luft- und U-Bootsflotte Frankreichs als Gegenleistung für die garantierte Sicherheit genommen haben.

Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, den 18. Juni 1925.

Präsident Loeb eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 45 Min. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums. Die Beratung wird weitergeführt mit der Besprechung des Kapitels

Reichskommissar für öffentliche Ordnung, Polizei und Technische Nothilfe.

Mit der Beratung verbunden wird ein sozialdemokratischer Antrag, der die Aufhebung bayerischer Ausnahmeverordnungen verlangt.

Abg. Vogel (Soz.) protestiert gegen den Ausnahmezustand in Bayern, der durch die Polizeibehörden durchaus parteilich gehandhabt werde. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sei in Bayern ebensowenig gefährdet, wie im übrigen Deutschen Reich. Gerade durch die Handhabung des Ausnahmezustandes werde erst eine solche Gefährdung herbeigeführt. Die Polizei gebe fast darauf aus, zu provozieren. Es werde in Bayern alles getan, um dem armen, aber auch dem treuen Sohne des Vaterlandes auch noch die Liebe zur Republik auszutreiben.

Abg. Dr. v. Drander (Nat.) fordert, daß das Reich einen Einfluß auf die Polizei erhalte. Die Polizei müsse ein unpolitisches Instrument in den Händen der Regierung sein. Es sei ein Mangel, daß die Polizei in einem Lande von einer rechtsstehenden, im andern von der entgegengesetzten Regierung geführt wird. Der Schradische Polizeibeamtensverband habe durch seine Forderungen geradezu der Entente Waffen in die Hände geliefert. Der Redner verweist auf ein sozialdemokratisches Flugblatt, in dem die Polizeibeamten zum Eintritt in das Reichsbanner und zur Teilnahme an militärischen Ausbildungsübungen des Reichsbanners aufzufordern werden, und ermahnt die Regierung, dieser Politisierung der Polizei entschieden entgegenzutreten. Von Herrn Döring habe auch Severing bereits anerkannt, daß es ihm an dem nötigen Takt fehle. (Lärm b. d. Soz.) Der Redner unterbricht die Forderung auf bessere Besoldung der Schutzpolizei. In der Schutzpolizei müsse der Geist im Sinne überparteilicher Staatsmacht erhalten bleiben. (Beifall rechts. Sturmischer Widerspruch und Zwischenrufe links.)

Abg. Cichorn (Komm.) erwidert dem Vorredner, er solle sich an seine eigenen Parteifreunde wenden, von denen eine bessere Besoldung der Beamenschaft planmäßig in Aussicht genommen sei. Der Redner beipflichtet einmündig die Forderung der Schutzpolizei. In Preußen würden 5 Millionen für Nahkampfmittel der Polizei ausgeben. Die Polizei werde nur zum Kampfe gegen die Arbeiterbewegung benutzt.

Abg. Berndt (dn.) protestiert dagegen, daß der Vorredner durch seine Kritik an der Polizei der Entente Waffen in die Hand gebe. (Lärm d. Komm.)

Die Technische Nothilfe sei eine wirtschaftlich und politisch vollkommen neutrale Organisation. (Widerspruch links.) Wer Nothilfsarbeiten verrichte, sei kein Streikbrecher. Nothilfsarbeiten seien eine sittliche Pflicht. Im übrigen sei die Technische Nothilfe von der sozialistischen Regierung bayerisch geschaffen worden. Sie verdanke ihre Entstehung dem Willen nach Selbstbehauptung im deutschen Volke. Der Vorschlag an die Technische Nothilfe, der auch von Ebert, Severing und Kosske wiederholt ausgesprochen worden sei, müsse mit vollem Recht erneut betont werden. (Zustimmung rechts.) Die Technische Nothilfe sei noch nicht entbehrlich. Der Redner beantragt, die vom Ausschuss vorgenommene Kürzung der Mittel für die Nothilfe wieder rückgängig zu machen.

Staatssekretär Weigert teilt mit, daß die bayerische Regierung der Ansicht sei, daß die Zeit für die Aufhebung

des Ausnahmestandes in Bayern noch nicht gekommen sei. Der Redner dankt dem Vordrucker für sein Eintreten zu Gunsten der Technischen Nothilfe und bittet ebenfalls, die vom Ausschuss vorgenommene Verringerung der Mittel wieder rückgängig zu machen.

Besüglich der Bildung politischer Sondergruppen in der Polizei verweist der Redner auf ein Rundschreiben des ehemaligen Innenministers Koch-Weser, in dem es u. a. hieß: „Das Recht der Polizeibeamten, sich Vereinen anzuschließen, soll in keiner Weise angefaßt werden. Es kann aber unter keinen Umständen geduldet werden, daß innerhalb der Polizei sich politische Sondervereine bilden, andernfalls eine Zerstückelung der Polizei die Folge sein würde.“ (Sehr richtig, rechts.) Der Staatssekretär verteidigt dann das Reichskommisariat für die öffentliche Ordnung, das vollkommen unentbehrlich sei, gegen die erhobenen Vorwürfe. Es habe die Aufgabe, das Reich und die Länder über die politischen Bewegungen im Reich und über die politischen Einflüsse von außen her so rechtzeitig zu informieren, daß bei Gefahr einer Staatsumwälzung Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Die für dieses Kommissariat im Etat eingelegte Summe von 27.000 Mark sei eine außerordentlich geringe Verschönerungsprämie; man sollte doch erwägen, diesen Betrag zu erhöhen. (Beifall rechts.)

Abg. Jabsch (Komm.) nennt die Technische Nothilfe eine Organisation von Verbrechern am Volke. (Beifall.) Entziehung bei den bürgerlichen Parteien. — Vizepräsident Dr. Neher rügt den Ausdruck und ersucht den sich aufregend gebärdenden Abg. Jabsch (Komm.) sich nicht zum Spezialisten für Zwischenrufe auszubilden. Als der Redner nochmals von den Angehörigen der Technischen Nothilfe als von Verbrechern spricht, wird er zur Ordnung gerufen.

Abg. Groß (Nrr.) bringt der Schupo im allgemeinen und der württembergischen im besonderen den Dank seiner Partei dar. (Beifall.) Die kommunistischen Uebertreibungen tragen dazu bei, im Ausland die Meinung zu verbreiten, als wären wir ein Militärstaat mit allen möglichen Rüstungen. Eine Polizei, die keine Waffen hat, ist nicht wert. Die Polizeibeamten haben natürlich das Recht des Zusammenstehens, sie sollten sich aber in der Öffentlichkeit etwas zurückhalten. Der Redner empfiehlt Unterstützung der Akademie Münster. Eine allgemeine Verechtigung der Technischen Nothilfe sei angebracht, der wilden und ziellosen Streiks heute noch nicht angebracht. Eine Arbeiterschuttruppe dürfe die Technische Nothilfe allerdings nicht werden.

Abg. Röhrenburg (Dem.) stimmt dem Antrag auf Aufhebung des bayerischen Ausnahmestandes zu. Die Technische Nothilfe sei manchmal ohne ausreichenden Grund eingesetzt worden, aber wir brauchen ein solches Instrument noch, weil in einer Reihe von Streikfällen die allernotwendigsten Hilfsarbeiten nicht geleistet werden sind. Ein parlamentarischer Beitrag für die Nothilfe sei überflüssig. Das Reichskommisariat für öffentliche Ordnung müsse in den jetzigen bewegten Zeiten unbedingt aufrechterhalten werden. Der Redner dankt der Schupo für ihre aufopfernde Tätigkeit und fordert ein Reichskriminalpolizeigesetz. Die hohen Aufwendungen für die Polizei seien notwendig, weil im Volk immer noch Kräfte am Werke sind, die die innere Ruhe und Ordnung bedrohen. Die Entente wende den kommunistischen Demagogen zum Glück keinen Glauben mehr. Im Jahre 1924 seien allein in Preußen 22 Schupo-Polizeibeamte in Ausübung ihres Dienstes zu Tode gekommen, 190 durch Dienstunfall dienstunfähig geworden, und 2002 haben sich infolge Dienstunfalls in ärztliche Behandlung begeben müssen. Daher sei das Verlangen der Polizeibeamten nach einem Unfallversicherungsgesetz berechtigt.

Abg. Dietrich-Thüringen (Soz.) schildert die Zustände in Thüringen, wo der Ordnungsbund regiere und die Polizei seinen Zwecken dienlich mache. Der Redner erklärt sich gegen den Reichskommisariat, von dessen Maßnahmen Thüringen ein Lied singen könnte.

Darauf werden die Beratungen abgestrichen.
Freitag 7 1/2 Uhr: Weiterberatung.
Schluß 6 Uhr 40 Min.

Sächsischer Landtag.

11. Dresden, 18. Juni. Die heutige Landtagssitzung begann mit 8 Anfragen, von denen besonders die der Linkssozialisten über die beabsichtigte Entlassung des Oberleiters der „Sächsischen Staatszeitung“, Jolles, interessierte. Der Vertreter der Regierung gab unter Weiterleit des Hauses die viel- und nichtsofandene Erklärung ab, ein Beschluß des zuständigen Gesamtministeriums über die Entlassung des Oberleiters Jolles liege noch nicht vor und es könne der Regierung nicht angefohlen werden, über Beschüsse, die sie vielleicht später fassen werde, schon heute Auskunft zu geben.

Bedauerliche Verwirrung erregte die Antwort der Regierung auf eine Anfrage, wonach die Reichsbahngesellschaft die Herstellung von Schranken an gefährlichen Bahnübergängen mit der Begründung ablehnte, daß sie dazu nicht verpflichtet sei. Die Regierung will versuchen, ein Eingreifen der Reichsregierung herbeizuführen.

Eine längere Aussprache rief der sozialistische Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes gegen die weitere Erleichterung von Landrentenkassen hervor. Der Antrag wurde schließlich an den Reichsausschuss verwiesen.

Abg. Renner (Komm.) begründet hiernach einen Antrag seiner Fraktion auf

Rückgängigmachung der ab 1. Mai 1925 durchgeführten Mietpreiserhöhung.

Die Antisozialisten stellen die Anfrage: Was hat die Regierung veranlaßt, die 5% der Mietpreiserhöhung lediglich den Hausbesitzern zugute kommen zu lassen? Es handle sich um eine wunderliche Verzerrung eines Teiles der sächsischen Bevölkerung zu Ungunsten der Allgemeinheit.

Arbeitsminister Eisner: Der Abg. Edel scheint nicht zu wissen, daß die Festlegung der Mieten eine rein währungsrechtliche Maßnahme auf Grund der Reichsgesetze ist. Es kann keine Rede davon sein, daß die sächsische Regierung eine Lebensgegendpolitik treibe. Ueber die Notwendigkeit der Erhöhung der Mieten bestanden verschiedene Auffassungen zwischen dem Justiz- und Arbeitsministerium. Die Rabinettführung entschied sich für die Erhöhung. Eine 5%ige Erhöhung der Miete stellt keine wirtschaftliche Belastung dar, denn es entfällt auf eine Kleinwohnung ein Betrag von etwa 25 Pf. wöchentlich. Die Regierung wird sich auch in Zukunft den wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht verschließen.

Abg. Röhrenburg (Dem.): Der Hausbesitzer sei gezwungen, die ihm zukünftigen Gelder zur Erhaltung der Wohnbauten zu verwenden. Die großen Instandsetzungsarbeiten könnten auch heute noch nicht aus der Miete bestritten werden.

Abg. Edel (Soz.): Die ganze Sache sei es nicht wert, daß sozial Unbefriedigtes von ihr gemacht werde. Redner stellt den Antrag, die Regierung müsse bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Bestimmungen, die den Vermieter verpflichten, die Wohnung zu erhalten, in vollen Umlage Anwendung finden. Solange das nicht gelte, solle die Miete, die die Instandhaltung übernehme, Anspruch auf entsprechenden Nachschuß erhalten.

Abg. Röhrenburg (Dem.) vertritt den Standpunkt, die Miete müsse in absehbarer Zeit auf die Höhe der Friedensmiete gebracht werden, wenn unsere Volkswirtschaft nicht dauernd Schaden erleiden und dem Wohnungselend begegnet werden solle. — Nach weiterer Aussprache wird der Antrag Renner mit dem Abänderungsantrag Edel an den Reichsausschuss verwiesen.

Eine ausgedehnte Aussprache entfaltete die Debatte über die Gewährung eines Darlehens an den Wasserperceptionsverband Kalkverre Mühlensberg, zu dem noch zwei Anfragen und ein kommunikativer Antrag vorlagen. Letzterer wurde in Schlußberatung abgelehnt, während die Vorlage an den Ausschuss ging.

Bei Kap. 63 des ordentlichen Haushaltsplanes: Finanzministerium wurde das Gehalt des Finanzministers, mit der knappen Mehrheit von 8 Stimmen (83 gegen 80) gegen die Deutschnationalen, Antisozialisten und Kommunisten genehmigt.

Im übrigen wurde eine ganze Reihe anderer Einzelartikel erledigt.

Dann beschwerte sich noch Abg. Wende (Nrr.) darüber, daß die Regierung den Kirchengemeinden die Erhebung einer erhöhten Gebühr für Begräbnisse Andersgläubiger aufzuerlegen habe, daß dies unzulässig sei. Vom Ministerialdirektor Dr. Weisner wurde ihm erwidert, daß ein Gesetz, das die Erhebung erhöhter Gebühren verbiete nicht existiere. Abg. Steger (Dn.) und Stemann (Dn.) erklärten, daß es sich gar nicht um Andersgläubige, sondern nur um Nichtmitglieder der betreffenden Kirchengemeinden handle, von denen erhöhte Gebühren gefordert würden.

Beim Kapitel Ministerium für Volksbildung stimmten die Kommunisten und Antisozialisten gegen das Gehalt des Volksbildungsministers.

Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 23. Juni, nachm. 1 Uhr statt.

Aus den Landtagsausschüssen.

11. Dresden, 18. Juni. Zu Beginn seiner Sitzung erhöhte der Haushaltsausschuss B auf Grund eines Schreibens des Ministerpräsidenten die zu Tit. 10 des außerordentlichen Haushaltsplanes, staatliche Kraftwagenbetriebe betreffend, bewilligte Summe von 1 Million Mark zur Errichtung von staatlichen Kraftwagenlinien auf 4 Millionen Mark. Diese Erweiterung machte sich aus staatspolitischen Gründen erforderlich. Sie wurde einstimmig genehmigt, zumal zahlreiche Wünsche auf Wiederaufnahme eingestellter und Eröffnung neuer Kraftwagenlinien aus dem ganzen Lande vorliegen. Der Ausschuss glaubte, der weiteren Ausdehnung des staatlichen Kraftwagenlinienwesens nicht hinderlich sein zu wollen, da auch in dieser Richtung notwendige Wiederanbauarbeit im Interesse des gesamten Volkes zu leisten ist.

Der Sonderausschuss für Beamtenfragen hielt unter dem Vorsitz des Abg. Anders (Dn.) eine Sitzung ab, in der eine größere Anzahl Eingaben von Beamten und Organisationen erledigt wurden. In längerer Aussprache führten die Anträge der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei, die sich auf Schaffung höherer Richterstellen und auf die Beschäftigung für mittlere Polizeibeamte und Oberbefehlshaber der Justizverwaltung bezogen. Die Anträge wurden auf Antrag des Berichterstatters Abg. Wirth (Dn.) einstimmig angenommen.

Beamtenfragen im Reichshaushaltsausschuss.

11. Berlin. Der Haushaltsausschuss des Reichstags behandelte am Donnerstag beim Haushalt des Reichsfinanzministeriums Beamtenfragen. Abg. Steinbock (Soz.) fragte, welches das eigentliche Beamtenministerium sei und beschwerte sich über Unstimmigkeiten in der Regelung der Beamtenfragen. Staatssekretär Fischer erklärte, daß das Finanzministerium als Korreferent für die federführenden Ressorts in allen Beamtenfragen fungiere, die mit finanziellen Angelegenheiten zusammenhängen und zwar zur Vermeidung von Querläufern. Abg. Schuldt (Dem.) führte aus, der Einfluß des Finanzministeriums in Beamtenfragen überschreite manchmal das erträgliche Maß. Das Vorgehen sei ungeschickt. Abg. Morath (D. Fr.) brachte eine Reihe von Fällen zur Sprache, in denen die Beamten sich mit Recht benachteiligt fühlten. Das Vorgehen sei nicht ungeschickt. Abg. Groß (Nrr.) nannte den Beamtenabbau eine durchaus verfehlte Sache. Die Reichsbahn habe 89.000 Beamte, von denen die meisten im arbeitsfähigen Alter wären, abgebaut. Die Versorgung erfordere 487 Millionen Mark. Jahre man so fort, so werde die Pensionslast bald 1 1/2 Milliarden betragen. Die arbeitsfähigen Kräfte müsse man bald wieder im Reichsdienst verwenden. Sei etwa die Denkschrift des Arbeitgeberverbandes gegen die Gehalts- und Löhnerhöhungen für die Regierungsdienstverpflichtete verhandelt worden? (Die Regierung verneint diese Frage.) Abg. Lude (Nrr.) hielt die Situation der Beamten für außerordentlich ernst. Die Gehälter der unteren Beamten bedürften dringend der Aufbesserung.

Abg. Schmidt-Stettin (Dn.) sprach die Ansicht aus, daß das Gehalt der Beamtenverwertung schleunigst vorgelegt werden müsse. Sobald als möglich müsse die vierteljährliche Gehaltszahlung wieder eingeführt werden. Zu einer Erhöhung der Gehälter könnten sich die Deutschnationalen erst entschließen, wenn die Ergebnisse der Steuer- und Zollgesetze vorlägen.

Der Etatzeiger schon gegenwärtig ein Defizit von 480 Millionen.

Ministerialdirektor Voßhoff verwies auf die Denkschrift der Regierung, wonach die Reichsregierung zurzeit nicht in der Lage sei, eine Beförderungserhöhung vorzuschlagen. Die Frage der vierteljährlichen Gehaltszahlung hänge von der wirtschaftlichen Gesamtlage ab. Das Beamtenvertretungsgesetz werde demnächst dem Reichstag zugehen.

Abg. Bauer (Nrr.) betonte die allgemeine Notlage der Beamten, ebenso Abg. Eichhorn (Komm.), der besonders für die Unterbeamten eintrat. Abg. Schuldt (Dem.) erklärte nochmals das Sperrgesetz für ungeschickt; es hätte mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden müssen, weil es Grundrechte der Beamten verletze. (Widerspruch der Regierungsdirektoren.) Die Vierteljahrsgehaltszahlung müsse endlich eingeführt werden. Bei Nichtbefolgung der Richtigstellungen müßten die Beamten auf dem Wege ihrer wohlverdienten Rechte vom Friskus zu erreichen suchen.

Abg. Bender (Soz.) wies darauf hin, daß die Begründung der Beförderungsdienstverpflichtung fast genau dem Wortlaut der Begründung der Denkschrift der Arbeitgeberverbände gleiche. Demgegenüber betonte Ministerialdirektor Voßhoff, daß die Denkschrift das Wort der Regierung sei, wenn auch selbstverständlich über ihrer Abfassung Besprechungen mit den Führern der Wirtschaft hätten stattfinden müssen. Abg. Altes (Nrr.) erklärte, daß die Notlage der Beamten sei, so müsse man doch Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage nehmen. Das Zentrum wolle eine generelle Erhöhung aller Beamtengehälter und eine Neuregelung der Beförderung nach dem Muster von 1920.

Abg. Schuldt (Dem.) hob hervor, daß auch die Demokraten eine Neuregelung der gesamten Beamtengehälter anstrebten.

Ein sozialdemokratischer Antrag, betr. Erhöhung des Zuschlages zum Grundgehalt der Beförderungsguppen 1 bis 7 mit Wirkung vom 1. Juni ab von 12 1/2 auf 20 Prozent oder im Falle der Ablehnung dieses Antrags den betreffenden Beamten eine einmalige Wirtschaftshilfe von 100 Mark zu gewähren, wird dem Unterausschuss überwiesen.

Mit Rücksicht auf den Beginn der Winterverhandlungen verzichtete sich der Ausschuss schließlich aber, nach der Vereinbarung wieder zusammenzutreten, um eine Rede des Finanzministers v. Schlieben zu hören.

Politische Tagesüberblick.

Aus der Separatistensicht. Eine während der Separatistendebatte begangene Anekdote über die Verhandlung (und vor dem Schlichtergericht zu Diensten in der Pfalz ihre Güter. Angeklagt war der Reichsminister Emil Brunner. Am 1. Januar 1924 war der Kriegswaldbesitzer Hermann Gebach im Café Guisepold von dem Separatisten Lutz verhaftet worden. Ein Freund des Gebach, namens Kunz, kam zurück, um sich zu erkundigen, wo Gebach eingekerkert sei. Gebach wurde Kunz auf das Hofgut gebracht, wo Brunner und ein anderer fremder Mann über ihn herrschten. Der Fremde hielt Kunz fest, während Brunner in barockhafter Weise mit einem Summationsapparat auf den über 60 Jahre alten Mann einwirkte. Ueber die Beziehung wurde ein schriftliches Gutachten eines Arztes verlesen, der bei den späteren Kämpfen gelitten wurde. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten, unter Anrechnung von 14 Tagen Unterhaftungszeit.

Der Zustand des kranken Lebensgefährten, des Kumpfers wird berichtet: Der Zustand des Senators Seifert hat sich weiter wesentlich verschlechtert und wird von den Kollegen als aussichtslos bezeichnet. Mit seinem Ableben muß daher gerechnet werden.

Annahme der Soziallage vor dem Reichstag. Der Reichstag genehmigte heute mit einigen Änderungen die Sozialreform des Reichsregierens. Der Einpruch gegen den Reichstagsbeschluss über die Aufhebung der Urteile der bayerischen Volksgerichte wurde zurückgewiesen.

Italien zur Schuldenerregung bereit. Mussolini hat offiziell in Washington und in London mitteilen lassen, daß Italien bereit sei, sofort in Verhandlungen über die Regelung der italienischen Schulden einzutreten.

Der Reichsgerichtsrat wird am 28. d. M. eine Delegation der Arbeitgemeinschaft der Aufwertungsorganisationen zur Entgegennahme ihrer Wünsche und Darlegungen zum Aufwertungsstatut im Beisein des Reichsjustizministers empfangen.

Das Reichsbewertungsgesetz vor dem Generalausschuss. Der Steuerausschuss des Reichstages begann gestern die Beratung des Entwurfes eines Reichsbewertungsgesetzes. Der Ausschuss stimmte den in der Regierungsvorlage enthaltenen Gesichtspunkten über die Einheitswerte zu. Er behandelte dann weiter die Vorschriften über die Wertermittlung und vertagte die Weiterberatung auf heute.

Die weitere Vernehmung Hermann, die infolge des Gesundheitszustandes Julius Hermann am Mittwoch nicht stattfinden konnte, ist nunmehr auf Dienstag, den 23. Juni, nachm. 2 Uhr festgesetzt. Die Vernehmung wird wiederum in der Privatwohnung, Kurfürstendamm 67, stattfinden.

Die Streiklage in der sächsischen Industrie. Der Streik in der Gütereindustrie im Bezirk von Chemnitz beschränkt sich gegenwärtig nur auf diesen Bezirk. Eine Versammlung des Zentralkomitees der Metallarbeiter des ganzen Landes wird am Sonntag stattfinden. Man nimmt an, daß alsdann ein Generalstreik für die ganze Industrie proklamiert werden wird. Die Arbeiter erheben Anspruch auf das Recht zur Einschränkung in die Häuser der Werke. Im Bezirk von Chemnitz befinden sich zur Zeit 50.000 Arbeiter im Streik. Von den 24 Werken, die Anfang Juni im Bezirk von Anhalt und Drabant arbeiteten, sind bis heute 20 ausgeblieben worden.

Jährliche Arbeitslose in London. Die Times weist auf die neue ernste Steigerung der Zahl der Arbeitslosen in der vergangenen Woche hin, die nahezu 44.000 beträgt, wodurch die Gesamtzahl sich auf 1.291.000 erhöht.

Strenge Defizit bei der Reichsbahn.

Berlin. In letzter Zeit tauchen immer wieder Gerüchte über die angeblich schlechte finanzielle Lage der Reichsbahn auf. Diese Behauptungen werden von Seiten des Verwaltungsrates der Reichsbahn aufs energischste bestritten und es wird ausdrücklich erklärt, daß die Reichsbahn nicht mit einem Defizit arbeite. Wenn auch die Reichsbahn als Hauptträger der Reparationslasten anzusehen ist und wenn auch die Ausgaben an Materialbeschaffung usw. außerordentlich hoch sind, so kann doch keineswegs von einer schlechten finanziellen Lage oder gar von einem „Zusammenbruch“ der Reichsbahn gesprochen werden. Die Reichsbahn hat zur Zeit einen 390 Millionen Mark an Rückgehalt und Hinterbliebenenbeschlüssen aufzubringen gegen 140 Millionen im Jahre 1913. Für die Reparationsabgaben hat sie 100 Millionen Mark schon für die Zahlungen des nächsten Jahres bereitgestellt. Nach Ansicht des Verwaltungsrates der Reichsbahn halten sich die gegenwärtigen Tarife in durchaus angemessenen Grenzen, wobei zu berücksichtigen ist, daß zur Zeit nicht weniger als 23 Ausnahmestellen zur Anwendung kommen. Es werden demnach nur 40 Prozent aller Güter zu den normalen Tariffen befördert. Die Tarifentlastung zeigt gegenüber der Vorkriegszeit eine Steigerung von 33 Prozent. Auf jeden Fall wird die Reichsbahn die Gütertarife nur im äußersten Notfall erhöhen, da zur Zeit von einer Zwangslage infolge eines „schlechten finanziellen Standes“ der Reichsbahn keine Rede sein kann.

Gerichtssaal.

Schwere vorläufige Brandstiftung und Versicherungsbetrug bildeten am Donnerstag vor dem Dresdener Schöffengericht den Gegenstand eines größeren Strafprozesses, der sich gegen den 1892 zu Gödors gebornen Wirtschaftsbefehlshaber Wilhelm Richard Wirth richtete, der beschuldigt wurde, in der Nacht zum 12. März d. J. seine daselbst im Ortsteil Rosenthal gelegene Wirtschaft angezündet zu haben, um die Versicherungsgelder zu erlangen und mit deren Hilfe darin neu aufbauen zu können. In der Verhandlung bestritt Wirth, die eigene Wirtschaft niedergebrannt zu haben, frühere Geständnisse seien nur unter Druck abgelegt worden und auch nur zum Schein erfolgt, um aus der Dast herauszukommen. Es mußte bei dieser Sachlage in eine langwierige Beweiserhebung eingetreten werden. Der Angeklagte wurde für schuldig befunden und wegen vorläufiger Brandstiftung in Verbindung mit Versicherungsbetrug zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und zu drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Wegen Kindesentziehung verurteilt. Vor dem Weiburger Schöffengericht hatte sich am Donnerstag die 33jährige polnische Arbeiterin Marianna Tronina wegen Kindesentziehung in zwei Fällen zu verantworten. Am 7. April 1923 hat die Angeklagte in Gödors bei Pilsa, wo sie in Stellung war, ihr zweijähriges Kind in die Erde geworfen, so daß es ertrank. Später ging sie nach Ritscha bei Weimara, wo sie im April 1924 ebenfalls niederkam. Am 27. April ertränkte sie das Kind in der Mulde. Die Angeklagte gab an, beide Taten aus Verzweiflung begangen zu haben, weil sie für die Kinder kein Geld bekam. Der Staatsanwalt beantragte 5 Jahre Zuchthaus. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 5 Jahren 6 Monaten und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Rundfunkspielplan für Sonnabend, den 20. Juni.
Mitteldeutsche Sender Dresden und Leipzig.
 Dresden: Wellenlänge 202 m, Wellenlänge 454 m.
 Allgemeine Tageseinteilung.
 8,30-8,45 Uhr abends: Funkballettkunde.
 7-7,30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule: Englischer Sprachkurs. Prof. Dr. Mühlh. 15. Akt.
 7,30-8 Uhr abends: Stud.-Rat H. Weinmiller, Direktor für Stenographie an der Leipziger Universität, „Wesen und Bedeutung der Stenographie“.
 8,15 Uhr abends: Volkstheaterabend. Mitwirkende: Clara Gerhardt-Schultze und Reinhold Gerhardt (Gesang), Karl Kehler (Rezitationen). Am Flügel: Friedbert Sammler.
 Anschließend (etwa 9,30 Uhr) Pressebericht und Sackbells Sportfunkspiel.
 10-11,30 Uhr abends: Funkbrett. Mitwirkende: Dr. Benno Wülfel (Lustige Rezitationen), Richard Drescher (Vandoulum), Gertrude Bauer (Koloraturen), Rundfunkbaustapelle.

Handel und Volkswirtschaft.

Die Großhandelsrisikozahl. Die auf den Stand des 17. Juni berechnete Großhandelsrisikozahl des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 10. ds. Mts. mit 184,8 um 0,7 v. H. auf 185,5 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarereignisse von 183,9 auf 182,4 oder um 1,1 Prozent nachgegeben. Die Industriekoeffizienten mit 184,9 gegen 185 in der Vorwoche nahezu unverändert.

Am der Berliner Börse beschloß sich am Donnerstag nach schwacher Eröffnung die Stimmung erheblich. Ein ziemlich umfangreiches Geschäft entwickelte sich in heimischen Renten, wofür auch Aufträge aus England vorlagen. Die Kurse der Reichsanleihe und der Konfols stiegen ziemlich erheblich. Prozentige Reichsanleihe schloß mit 0,1825, 3/4-prozentige Konfols mit 0,88. Eisenbahnaktien hatten nur geringes Geschäft bei behaupteten Kursen. Schiffahrtsaktien mußten etwas nachgeben, während Bankaktien sich zum Teil befestigten. Bei den Montanaktien wechselten die Kurse, anfängliche Verluste von 1-2 Prozent wurden schließlich wieder eingeholt. Rohwerte hatten geringes Geschäft, während chemische Werte im Kurse stiegen. Elektrizitätswerte und die Aktien der Maschinenfabriken waren ziemlich vernachlässigt. Der Satz für tägliches Geld erhöhte sich auf 8-9 Prozent, während der Privatdiskont unverändert blieb.

Marktberichte.

Dresdner Schlachthausmarkt vom 18. Juni. Zutrieb: Rinder: 9 Ochsen, 16 Bullen, 30 Kalben und Kühe, ferner 638 Kalber, 175 Schafe, 538 Schweine, zusammen 1724 Tiere. Preise in Reichsmark für 50 Kilogramm Lebend- und (im Durchschnitt) Schlachtgewicht: Rinder: Geschäft belanglos, daher keine amtliche Notiz. Kühe: beste Mast- und gute Saugkühe 75 bis 80 (127), mittlere Mast- und gute Saugkühe 69 bis 74 (110), geringe Kühe 55 bis 60 (100 bis 118). Schafe: Preise wie am Montag. Schweine: vorzügliche der fetteren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahre 74 bis 75 (95), fetttschweine 74 bis 75 (93), fleischige 69 bis 70 (92), gering entwickelte 68 bis 67 (92), Sauen und Eber 62 bis 68 (87). Ausnahmepreise über Notiz. Die

Preise sind Marktpreise. Sie enthalten sämtliche Spesen des Handels für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umfrachten usw. und beziehen sich auf nächsten gewogenen Tiere. Die Stückpreise verringern sich entsprechend. Lieferant: 6 Ochsen, 9 Bullen, 76 Kühe, 121 Schafe, 3 Kalber, 24 Schweine. Tendenz des Marktes: Geschäftslage in Rindern langsam, in Schweinen mittel.
Wichtigste festgesetzte Preise an der Produktionsstätte zu Berlin am 19. Juni. Getreide und Cellulose pro 1000 kg, sonst pro 100 kg. (In Goldmark der Weizenklasse ober in Rentenmark.) Weizen, märkischer 265-280, pommerscher --, Roggen, märkischer 211-215, westpreussischer --, pommerscher --, Gerste, Futtergerste 200-215, Sommergerste 225-242, Hafer, märkischer 232-240, pommerscher --, westpreussischer --, Mais, loco Berlin --, Wagon frei Danzig 207-211, Weizenmehl, pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz): 33,75-36,25. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 29,25-30,50. Weizenkleie, frei Berlin 13,40-13,50. Roggenkleie, frei Berlin 14,00-14,20. Nass 360-370. Weizen --, Bismarck-Weizen 23-25, keine Spezialmarken 24,50-26, Futtererbsen 21-24, Weizen 21-23, Ackerbohnen 21-22, Bohnen 23-26, Lupinen, blaue 10-11, gelbe 13,50-14,50. Erbsen alte --, neue --, Mohnöl 15,80-15,80. Weizenöl 22,40-23,80. Treibschmieröl 10,20-10,45. Gaswertige Ackererbsen --, Torfklasse 50,70 10,00. Kartoffel-Nachfr. 10,20-10,40.

Messungen der meteor. Station 421.
 (Oberrealschule Riesa).
 19. Juni 1925: 1,5 mm Niederschlag.

Am tliches.

Die vom Stadtoverordnetenkollegium beschlossenen Gebühren für die Heimbürginnen der Stadt Riesa geben wir nachstehend bekannt.
 Riesa, am 18. Juni 1925.
 Der Rat der Stadt Riesa.

X. Nachtrag

zur Gebührenordnung und sonstige Bestimmungen für die Heimbürginnen der Stadt Riesa vom 12. Februar 1918.

- Die in § 1 festgesetzten Gebühren werden wie folgt geändert:
 Die Gebühr beträgt:
 a) 6 RM für die Versorgung von Leichen von Kindern im Alter bis zu 4 Jahren,
 b) 9 RM für die Versorgung von Leichen von Kindern im Alter von über 4-14 Jahren,
 c) 12 RM für die Versorgung von Leichen von über 14 Jahre alten Personen.

Dieser Nachtrag tritt sofort in Kraft.
 Riesa, am 18. Juni 1925.
 Der Rat der Stadt Riesa.
 (L. S.) (gez.) Dr. Scheider, Erster Bürgermeister.

Sie kommen in die größte Verlegenheit

wenn Sie nicht rechtzeitig die Grunderkennung bestellen. Ab Anfang Juli (Erntezzeit) ist die Abholung so gut wie ausgeschlossen und muß während dieser Zeit mit wesentlich höheren Abholungsgebühren gerechnet werden. Besteellungen nimmt jederzeit entgegen: Riesaer Dünger-Abfuhr-Ges. Oskar Mühlh., Goethestraße 88, Telefon 502.

Landbund Großenhain.

Monatsversammlung am 20. 6.
 fällt aus, findet am 4. 7. statt.

Vorkriegsreichsbanknoten

Die Verzeichnisse der Vorkriegsreichsbanknoten sind von unseren Mitgliedern bis 25. Juni ex. einzureichen, damit dieselben rechtzeitig weitergeleitet werden können, weil am 4. Juli die Annahmefrist erlischt. — Die Ortsgruppe zählt bereits über 100 Mitglieder. Klein- u. Sozialrentner ohne Beitrag. Reichsbankglaubigerverband, Gruppe Riesa. a. St. Vertrauensmann Schützenstr. 29, Hof-Laden.

Achtung! Für echt bayr. Biertrinker!

Geht Weihenstephan-Bier

aus der Bayer. Staatsbrauerei Weihenstephan
Geht Culmbacher Bier
 aus 1. Culmbacher Aktien-Exportbrauerei Culmbach, empfiehlt in Flaschen
die Flasche 30 Pfg.
 Rich. Schwade, Exportbierhaus
 Riesa, Fernsprecher 49.

Größeres Unternehmen

sucht zur Leitung der Zweigleiderleitung in Riesa äußerst zuverlässigen Herrn in vornehmer Dauerstellung bei monatl. steigendem Einkommen. Für das umfangreiche Zutasso ist eine Voreinlage von Mt. 750,- unbedingt erforderlich. Offerten unter 0 2789 an das Tageblatt Riesa.

Kirchennachrichten.

2. Trinitatissonntag 1925.
 Riesa, Klosterkirche: 7,8 Uhr Predigt über Apostelgeschichte 3, 1-10 (Bed.). Trinitatiskirche: 9 Uhr Predigt über Job. 14, 1-6 (canb. theol. Land) u. Abendm. (Bed.), 11 Uhr Schwerhörigen (Friedrich), 2 Uhr Jugendgottesdienst in der Trinitatis (Friedrich) u. im Pfarrhaus (Bed.). Mittwoch, abends 7,8 Uhr Johannisstagsfeier auf dem Friedhof (Schroeter).
 Abt. Gen., Höhe Str. 9. Dienstag 8 Versammlung. Weida, 8 Uhr Predigtgottesdienst. Unterredung II. Gröba, 9 Uhr Predigt, Lukas 14, 16-24, 11 Rinder-gottesdienst, abd. 8 Bibelstunde Dienstag seine Bibelstunden. Mittwoch Johannisfest abd. 7 Uhr Friedhof Rodersee, abd. 9 Friedhof Gröba: Andachten. Donnerstag abd. 8 Bibelstunde. Pankitz, 8 Uhr Predigtgottesdienst in Jahnshausen. Rödterau, Born, 10 Uhr Predigtgottesdienst. Mittwoch 8 Uhr Johannisfeier auf dem Friedhof. Donnerstag 8 Uhr Jungfrauenverein. Glanditz, 8 Uhr Segensgottesdienst, 1 Uhr Rinder-gottesdienst. Rühnditz, 10 Uhr Predigt. — 24. Juni 8 Uhr abends Johannisfeier auf dem Friedhof. Katholische St. Barbara-Kapelle, Poststraße 9. Sonnabend von 7 Uhr an Beichte. Sonntag, den 21. Juni 7,7 Uhr Beichte, 8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hochamt mit Predigt und Segen. Um 2 Uhr veranmelt sich der Männerverein zum Familienausflug nach Forchhaus Gostemisch am Wege zum Krankenhaus. Wochentags 61. Messe um 7,7 Uhr.

Vereinsnachrichten

Getwehr-Abteilung des Militär-Vereins I Riesa. Auf die morgen stattfindende Versammlung wird hiermit nochmals hingewiesen. Das Erscheinen aller Kameraden wird nochmals zur dringenden Pflicht gemacht. Näheres siehe besondere Einladung.
 Riesaer Arbeiter. Sonntag Riegepartie n. Roffen. Treffen 7 Uhr Bahnhof.
 Orpheus. Sonnabend Abmarsch pünktlich 1/1 Uhr Köpfer. Marschmusik. Fabrikarten mögl. vorm. lösen. Auskunft Sangesbr. Wödel, Bahnhof.
 Vereinigte Militärvereine. An der Jubiläumfeier des Militärvereins Gröblich teilnehmende Kameraden treffen sich zur Fahrt nach dort nächsten Sonntag vorm. 12 Uhr am Bahnhof. Geflügelzüchterverein Riesa und Umgeg. Sonnabend, 27. 6., zum Lichtertag nach Annaberg. Abfahrt früh 6,48. Anmeldungen bis 24. 6. beim Vorstehenden A. Neubert.
 Vereinigung Arbeit. Eltern. Kinderfest betr. Abmarsch nächsten Sonntag 2 Uhr nachmittags ab Jugendheim. Anmeldungen können nicht mehr entgegengenommen werden.
 Militärverein Gröba. Sonnabend, den 20. Juni, abends 8 Uhr Monatsversammlung im Vereinslokal (Anker) betr. Fahnenweißen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
 Militärverein Weida. Sonntag, 21. 6., 11,37 vorm. Abfahrt nach Gröblich zur Teilnahme am 50jähr. Jubiläum. Stellen mit Fahne 10,45 vorm. im „Ebelweiss“. Anzug beliebig. Nege Beteiligung mit Damen erwünscht.
 Ambrosian. Morgen pünktlich 1/1 Uhr Abmarsch von der Elbterrasse.
 Turnverein Rödterau. Sonnabend, 20. 6., abends 8 Uhr Versammlung in der Brauerei. Tagesordnung wichtig.

Wollwaren
 verkaufe ich bis auf weiteres mit
10% Rabatt.
 Erwin Ehrhardt, Riesa
 Wollwarenfabrik
 Faustzer Straße 10.

Stadtspark Riesa

Sonntag, 21. Juni 1925
Geheimliches Gesangskonzert
 Ausführende: Männergesangsverein und gem. Chor, Riesa
 Leitung: Herr Obermeister H. Bretschneider
 Rassenöffnung 2 Uhr Anfang 3 Uhr
 Eintritt 50 Pfg. ein
 Sangesfreunde ladet höf. ein das Komitee.

Verein für Bewegungsspiele Riesa-Gröba e. V.

Riesaer Sportverein e. V.
 Anlässlich unserer Sportwoche findet im
Gasthof Mergendorf
 ein gemeinsames Vergnügen statt, wozu wir alle Mannschaften, Mitglieder, sowie Gäste nochmals freundlichst einladen. Anfang 5 Uhr. Dresdner Kaffee. Die Gastwirtschäfte.

Gasthof Seerhausen.

Sonntag, 21. Juni, zum Schiffsfest, empfehle mein großes Schiffsfest auf der Wiese. Von 6 Uhr ab
feiner Ball.
 Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
 Alfred Seerhausen.

Zur Hochzeit

allen Seiten u. Gelegenheiten fertigt Neben, Gedichte, Prologe usw. schnellstens an
 Geim-Verlag, Radebeul
 Baden-Baden-See.

Malta-Kartoffeln

neue
Matjesheringe
 sehr fett und zart

saure Gurken

empfehlen billigst, einzeln und zum Wiederverkauf

Fritz Peschelt

Bismarckstraße 19.

Malta-Kartoffeln

neue Matjesheringe
 neue Kartoffeln
 empfiehlt billig
 Ing. S. Eideran, Carolinstr. 5

Schälgurken

Neue saure Gurken
 Neue Kartoffeln
 Neue Heringe
 empfiehlt billig

H. Gruhle.

Matjes-Heringe
 neue Kartoffeln
 neue saure Gurken.

Otto Igner

Rödterau.

Matjesheringe

Downingstraße, das feinste was es gibt, zarte bildliche Fische.
 hochfeine
 Malta-Kartoffeln
 neue ital. Kartoffeln
 3 Wd. 50 Pfg., empfiehlt
 Carl Igner, Gröba.
 Täglich frischgepflücht
Kirschen
 empfiehlt
 Strichhütte Schützenhaus
 Verkauf nachmittags.
Fahnennägel
 Gravierungen und Gummistempel
 Gumpelitzstr. 10
 Riesa, Wollwarenstr. 9
Kummetschilder
 Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten.

Tüchtige
Maurer
 stellt sofort ein
 Linke-Hofmann-Lauchhammer Aktiengesellschaft, Werk Riesa.

Ehepaar (Bankbeamter)
 sucht für sofort oder später
1-2 möbl. Zimmer
 Angebote unter T 2744 an das Tageblatt Riesa.

Werkstatt
 oder Ausstellungsräume
 werden von hier. Handwerker gesucht. Off. erb. u. R 2742 a. d. Tabl. Riesa.

1000 bis 1500 Mk.
 sofort zu leihen gesucht
 geg. gute Verzinsung und Sicherheit. Off. unt. P 2740 an das Tageblatt Riesa.

Mädchen
 17-18 Jahre, als Aufwartung sofort gesucht.
 Fraumann, Gröba
 Lauchhammer Str. 19.

Mädchen
 im Alter von 19 Jahren
 welches schon in besserem
 Haus halt tätig war, sucht
 sofort Stellung. Privat-
 od. alt. Herrschaften bevorzugt.
 Off. erb. an Elie Dünker,
 Gröba, Rottentanzstr. 7.

Mädchen
 Schulreife, wird sofort oder
 1. Juli gesucht.
 Martha Brand
 Goethestraße 54.

Mädchen
 möblentl. Einzelzimmer, 1.
 Veranm. d. eines 2-jähr.
 Kind. gef. Vorzug. Riesa,
 Kolonie 5, 1. a. Sonnab.
 d. 20. 6. v. 12-2 Uhr nachm.

Saubere Wasfrau
 gesucht
 Waschanhalt Gröba
 Saitenschänke Hinterhaus.

Knecht
 für das 2. Paar Pferde
 gesucht.
 E. Kummel, Zeithain.

Freischweizer.
 M. Weymann, Kobeln.

Für den Verkauf unserer
 Fabrikate Margarine,
 Schmalz u. Speck (deutsch
 u. ausländisch) Cocoonah-
 butter u. Kakaopulver
 suchen wir einen brauche-
 kundigen u. zuverlässigen

Vertreter
 welcher bei der Rundschalt
 langjährig eingeführt ist
 und möglichst auch Lager
 u. Expedition übernehmen
 kann. Ausführliche Ange-
 bote unter Aufgabe von
 Referenzen erbeten.

C. & G. Müller
 Spielzeugfabrik u. G.
 Berlin-Neukölln
 Mittelbusweg 10/12.

Häse-Land
 zu verkaufen
 Rödterau, Osterrückstr. 12

Gebr. Sportwagen
 zu
 Jahn, Wiertheleferstr.